

(Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

(A) Kenntnis, wie es der Kollege Möllemann vorgetragen hat.

(Edgar Moron [SPD]: Ich möchte gern einen Bericht darüber!)

Damit beende ich die Diskussion über den Einzeletat 08 und mache noch einmal darauf aufmerksam, dass nach der Abstimmung über den Einzeletat 15 auch über den Einzeletat 08 abgestimmt wird.

Ich rufe **Nummer 2** auf:

**Einzelplan 15: Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie**

Ich eröffne zunächst die Debatte zum Teilbereich

**a) Arbeit und Soziales**

und weise darauf hin, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Ihnen mit der Drucksache 13/1815 eine Beschlussempfehlung vorliegt. Ebenso liegen Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP - die Nummern 18 bis 30 der Tischvorlage - vor.

(B)

Ich eröffne die Beratungen und erteile für die CDU-Fraktion dem Kollegen Arentz das Wort.

**Hermann-Josef Arentz** (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die Haushaltsberatungen zum Anlass nehmen, nicht nur über einzelne Details des Sozialhaushalts, sondern über die arbeitsmarkt- und sozialpolitische Wirklichkeit in Nordrhein-Westfalen zu sprechen, denn mit dem Etat steht natürlich die ganze Politik des Ministers auf dem Prüfstand.

Die Arbeitsmarktentwicklung der letzten Monate in unserem Land ist ein einziges Alarmsignal. Mit 8,8 % liegt die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen um ein Viertel höher als im Durchschnitt aller anderen alten Bundesländer. Herr Schartau, Sie sind der Arbeitsminister. Wenn Sie und Herr Clement so weitermachen, werden Sie zum Arbeitslosenminister dieses Landes.

(Beifall bei der CDU)

Herr Schartau und Herr Ministerpräsident - ich weiß gar nicht, wo er im Moment ist, aber ich hoffe, er ist im Saal und hört zu -, Sie tragen gemeinsam die Verantwortung für die Arbeitsmarktkatastrophe in Nordrhein-Westfalen. Wir alle erinnern uns noch sehr gut daran, wie Sie hier vollmundig aufgetreten sind, Herr Clement, und vorgetragen haben, Sie wollten die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen halbieren.

(C)

Wir erinnern uns auch noch sehr gut daran, wie Herr Clement in einem Interview kurz vor seiner Wahl zum Ministerpräsidenten gesagt hat, er wolle in Düsseldorf Ministerpräsident werden, weil man in der Region mehr Einfluss auf den Arbeitsmarkt habe als der Bund. Deshalb müssen Sie sich jetzt auch an den Zahlen messen lassen, die vorliegen, und die Zahlen sind schlimm.

(Beifall bei der CDU)

777.000 Arbeitslose hatten wir in Nordrhein-Westfalen am Ende des letzten Monats. Die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen nimmt galoppierend zu. Lag sie noch zu Jahresbeginn 6 % unter dem Vorjahresstand, erreichte sie im Sommer den Vorjahresstand, und seitdem geht es in 2-%-Schritten höher: im September 2 % mehr als vor einem Jahr, im Oktober 4 % mehr als vor einem Jahr, im November fast 6 % mehr als vor einem Jahr.

(D)

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Mit dieser Politik der Landesregierung drohen uns in diesem Winter 900.000 Menschen ohne Arbeit in Nordrhein-Westfalen. Das ist ein trauriger Negativrekord und ein Skandal dieser Politik.

(Beifall bei der CDU)

Diese Entwicklung, meine Damen und Herren, ist nicht vom Himmel gefallen. Sie hat nichts mit Amerika und dem Bund alleine zu tun. Sie hat etwas damit zu tun, dass hier in Nordrhein-Westfalen die völlig falsche Wirtschaftspolitik gemacht worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben Großstrukturen gefördert. Sie haben den Mittelstand benachteiligt. Wir haben eine riesige Selbstständigenlücke. Den Kommunen haben Sie die Luft zum Investieren genommen, und in Ihrem eigenen Haushalt hat die Investitionsquote mit weniger als 9 % einen historischen Tiefstand erreicht.

(Hermann-Josef Arentz [CDU])

(A) Meine Damen und Herren, diese Politik hat zu dem riesigen Wachstumsrückstand in Nordrhein-Westfalen gegenüber dem Bundesdurchschnitt geführt, den mein Kollege Christian Weisbrich heute Morgen zutreffend beschrieben hat: Die traurigen Arbeitsmarktzahlen sind das Ergebnis der verfehlten Politik dieser Landesregierung. Das Clement-Elend in Nordrhein-Westfalen ist mit den Händen zu greifen.

(Beifall bei der CDU - Minister Dr. Michael Vesper: Das sind ganz große Worte, Herr Arentz!)

- Die Worte sind nicht zu groß für das, was Sie hier angerichtet haben, Herr Vesper.

(Beifall bei der CDU)

Schauen wir uns die Arbeitsmarktzahlen einmal genauer an: Da stellen wir einen Punkt fest, der aus unserer Sicht besonders erschreckend ist, und das ist das, was sich bei den jungen Arbeitslosen tut.

Herr Minister Schartau, Sie sind vor einem Jahr mit einem stolzen Satz angetreten. Sie haben gesagt: Ich will, dass Jugendarbeitslosigkeit ein Fremdwort in Nordrhein-Westfalen wird. - Das haben Sie wörtlich so am 26. September 2000 auf einer Pressekonferenz gesagt.

(B)

Schauen wir uns einmal an, was daraus geworden ist. Im Januar lag die Jugendarbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen noch wie die allgemeine Arbeitslosigkeit 6 % unter dem Vorjahresstand. Seitdem ist kein Bereich der Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen schneller gewachsen als die Jugendarbeitslosigkeit. Was haben Sie da eigentlich gemacht außer Pressekonferenzen?

Jetzt im November lag die Jugendarbeitslosigkeit um 17,5 % über dem Stand des Vorjahres. 17,5 % - das ist fast ein Fünftel mehr! Das heißt im Klartext: 86.300 junge Menschen unter 25 Jahren sind in Nordrhein-Westfalen zurzeit arbeitslos. Das sind 12.847 mehr als vor einem Jahr. Die Dramatik dieser Entwicklung lässt sich am besten grafisch darstellen. Wir haben das getan, und ich darf Ihnen das einmal zeigen.

(Hermann-Josef Arentz [CDU] hält eine Grafik hoch.)

Das ist die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen in den letzten elf Mona-

ten. Im Januar lag sie noch 6 % unter der Vorjahresmarke. Im Juni war sie gleich hoch. Aber seitdem geht es galoppierend in die Höhe. Wer so mit den Zukunftschancen junger Menschen in Nordrhein-Westfalen umgeht, der versündigt sich an den jungen Menschen. (C)

(Beifall bei der CDU)

Ich will es in einem Wort sagen: Das Schlimmste, was der Arbeitsmarktpolitik passieren kann, das ist der Schartau-GAU am Arbeitsmarkt, den wir hier im Bereich der jungen arbeitslosen Menschen erleben.

(Beifall bei der CDU)

Vor dem Hintergrund, meine Damen und Herren, dieser alarmierenden Entwicklung ist es schon ein richtiger Hammer, dass jetzt der Minister hingeht und uns einen Haushalt vorlegt, in dem die Mittel für die Arbeitsmarktpolitik um 58 Millionen Euro gekürzt werden sollen.

Es ist für uns sowieso erstaunlich, Herr Schartau, dass Sie der Minister aus der SPD-Riege sind, der die größten Kürzungen in seinem Haushalt hinnehmen muss: 9,1 % weniger für Arbeit und Soziales in Nordrhein-Westfalen. Wenn wir das gemacht hätten, hätten Sie das landauf, landab als Sozialabbau beschimpft. Wenn Sie das machen, ist das kein bisschen besser! (D)

(Beifall bei der CDU)

58 Millionen Euro weniger alleine für die Hilfen am Arbeitsmarkt in einer Situation steigender Arbeitslosigkeit - das hätte einmal eine CDU-geführte Regierung machen sollen. Sie haben den Norbert Blüm schon beschimpft, wenn es einmal ein halbes Prozent weniger gegeben hat. Sie beschneiden die Hilfen, die für die Zukunftschancen der jungen Menschen wichtig sind. Das ist eine unverantwortliche, eine unfaire, eine ungerechte Politik, die hier gemacht wird.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben im März in einer Pressekonferenz Folgendes gesagt, Herr Schartau: Sie seien dafür da, dass neben dem Modernisierer Clement die soziale Kompetenz gestärkt werde. - Das ist ein schönes Wort. In Bezug auf Herrn Clement geben wir Ihnen da auch Recht. Jetzt müssen wir aber einmal schauen, was Sie in Ihrem Haushalt zuwege gebracht haben. Ich finde, dem Anspruch der

(Hermann-Josef Arentz [CDU])

- (A) sozialen Kompetenz werden Sie nicht gerecht. Oder halten Sie es etwa für einen gelungen Ausweis sozialer Kompetenz, der Stiftung Wohlfahrtspflege die Mittel zu halbieren?

Das ist zutiefst empörend, denn diese Stiftung ist das einzige Instrument des Landes Nordrhein-Westfalen, mit dem wir unbürokratisch soziale Initiativen zugunsten der behinderten Menschen und der alten Menschen fördern können. 50 Millionen DM gab es jedes Jahr aus den Spielbankenerträgen für die Stiftung. Sie, Herr Schartau, haben es in den Kabinettsberatungen hingenommen, dass dieser Betrag halbiert wird. Nun landet die Hälfte beim Finanzminister, und nur noch die andere Hälfte steht den alten und behinderten Menschen zur Verfügung.

Wir stellen fest: Die Erträge der Spielbanken sprudeln immer reichlicher, aber die Landesregierung will den Alten und Behinderten immer weniger davon zugute kommen lassen. Mit dieser Politik graben Sie den Initiativen und Verbände, die sich den alten und behinderten Menschen verpflichtet wissen, immer mehr das Wasser ab. Sie entmutigen systematisch ehrenamtliches Engagement in unserem Land Nordrhein-Westfalen.

- (B) (Beifall bei der CDU)

Sie zerstören sehenden Auges ein wichtiges Element der sozialen Infrastruktur.

Deshalb stellen wir heute erneut den Antrag, der Stiftung Wohlfahrtspflege wenigstens die 50 Millionen DM wie im letzten Jahr ungekürzt und voll zugute kommen zu lassen. Schon am 13. November lagen dem Stiftungsrat über 80 Anträge mit einem Volumen von 26 Millionen DM vor. Wenn Sie beschließen, was Sie vorhaben, heißt das, dass kein einziges neues Projekt im nächsten Jahr aus der Stiftung gefördert werden kann. Das ist Stillstand und nicht Fortschritt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Zum Antrag von SPD und Grünen an dieser Stelle muss ich sagen: Wenn Sie da 2 oder 2,5 Millionen DM drauflegen, ist das nicht mehr als ein sozialpolitisches Trostpflasterchen, das den Betroffenen nicht wirklich Hilfe bringt.

Der dritte zentrale Punkt unserer Kritik an diesem Haushalt neben der Arbeitsmarktpolitik und der

- Frage Stiftung Wohlfahrtspflege betrifft die Einrichtung der Alten- und Pflegeheime. (C)

Wir haben es hier mit einer dramatischen Unterfinanzierung zu tun. Wir haben jedes Jahr mehr alte Menschen, die auf die Hilfe dieser Einrichtungen angewiesen sind. Sie schämen sich aber nicht, jedes Jahr weniger Geld zu geben. Mit diesem Haushalt wollen Sie die sowieso schon unzureichenden Mittel von 38 Millionen Euro noch einmal halbieren.

Und wie groß der Investitionsbedarf in der stationären Altenpflege ist, haben uns hier in diesem Saal vor wenigen Monaten die Landschaftsverbände, die kommunalen Spitzenverbände, die Caritas, das Diakonische Werk, die Arbeiterwohlfahrt, also die gesamte Wohlfahrtspflege vorgechnet: 7,5 Milliarden DM wären notwendig, um die vorhandenen Altenpflegeheime auf den neuesten Stand zu bringen, zu sanieren und zu renovieren. Weitere 1,8 Milliarden DM sind bis 2005 notwendig, um dem steigenden Bedarf gerecht zu werden. Wir kriegen wieder Wartelisten an Pflegeheimen, wenn die Politik hier so weitergeführt wird.

Der Herr Ministerpräsident ist immer noch nicht da. Eben, bei seinem Lieblingskind, dem Prestigeobjekt Metrorapid, war er da. Dabei geht es hier um nicht mehr und nicht weniger als um die Sicherung der Würde alter Menschen. (D)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, diesem Ziel muss sich dieses Land verpflichtet fühlen. Aber Ihnen ist das offensichtlich schnurzpiepegal. Deswegen fahren Sie den entsprechenden Haushaltsansatz auch konsequent in Richtung Null.

Sie sollten wissen, was Sie da anrichten. Die ausgebluteten kommunalen Haushalte können hier nicht den Ausfallbürgen für das Land spielen. Die Landschaftsverbände können es auch nicht. Das heißt: Die alten Menschen bleiben auf der Strecke! Aber Ihnen ist das offensichtlich relativ egal, weil keine mächtige Lobby dahinter steht.

Deswegen appellieren wir heute fraktionsübergreifend an alle Kolleginnen und Kollegen: Stimmen Sie dem Antrag der CDU-Fraktion zu, insgesamt 120 Millionen mehr für die Alten- und Pflegeheime zur Verfügung zu stellen, und zwar 20 Millionen Barmittel und 100 Millionen Verpflichtungsermächtigungen.

(Hermann-Josef Arentz [CDU])

(A) Meine sehr geehrten Damen und Herren, von unserem früheren Ministerpräsidenten Karl Arnold stammt der schöne Satz, dass Nordrhein-Westfalen das soziale Gewissen Deutschlands sein wolle und sein solle. Bis hin zum Ministerpräsidenten Johannes Rau haben sich alle Regierungschefs zumindest bemüht, diesem Anspruch gerecht zu werden.

**Vizepräsident Jan Söffing:** Ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

**Hermann-Josef Arentz (CDU):** Der Sozialhaushalt, den wir heute haben, belegt, dass Ministerpräsident Clement und die rot-grüne Koalition mit diesem Anspruch nichts mehr am Hut haben. Unfair und ungerecht ist die Politik in diesem Lande geworden. Wir, die Union, wollen das ändern. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

(B) **Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Herr Arentz. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Vöge das Wort.

**Horst Vöge (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war wieder ein Stück Legendenarbeit, die jedes Jahr vom Kollegen Arentz hier durchgeführt wird.

Das Interessante für mich ist, dass die CDU in der Erkenntnis, die wir auch haben, dass wir eine schwierige Arbeitsmarktlage haben, keinen einzigen Antrag zur Erhöhung dieser angesprochenen und kritisierten Mittel eingebracht hat. Keinen einzigen Antrag! Wenn Sie wirklich diese Verantwortung hätten, hätten Sie diese Anträge gestellt. Dann hätten wir darüber diskutieren können.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Sie haben alle Anträge abgelehnt! Hören Sie auf!)

- Arbeitslose sind Ihnen schnurzpiepegal.

Da Sie hier ein Stück Erinnerungsarbeit zu leisten versucht haben, habe ich versucht, darüber nachzudenken, wie es damals war, als Sie die Macht

in der Bundesrepublik Deutschland hatten. Wie war es denn in der letzten Legislaturperiode? (C)

(Antonius Rösenberg [CDU]: Das war eine ganz andere Zeit!)

1995 hatten wir 3,6 Millionen Arbeitslose, also 9,4 %. 1998, als Sie endlich abgelöst wurden, hatten wir 4,3 Millionen Arbeitslose, also 11,1 %.

(Zurufe von der CDU)

Das ist wirklich ein fantastisches Ergebnis produktiver Arbeit negativer Art. - Heute haben wir 400.000 Arbeitslose weniger, als Sie damals hatten.

Stichwort: "Beschäftigung". 1994, zu Beginn der Legislaturperiode, lag die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Bundesrepublik Deutschland bei 28,2 Millionen. Sie hatten damals die Chance. Sie hatten die Gestaltungskraft.

Als Sie 1998 endlich von Ihrem Dahindämmern abgelöst wurden, lag die Zahl bei 27,2 Millionen. Innerhalb einer Legislaturperiode sind durch Ihre Regierungsarbeit 1 Million Arbeitsplätze abgebaut worden. Das ist die Bilanz von CDU-Politik. Ich glaube, die Bürger im Lande Nordrhein-Westfalen wissen das und geben Ihnen alle fünf Jahre keine Chance, weil sie Angst davor haben. (D)

(Beifall bei der SPD)

Ich kann mich gut an den Bundestagswahlkampf 1998 erinnern, als Sie mit Fälschungen in den Arbeitsmarkt eingriffen, als Sie durch die Finanzierung von ABM die Zahl von 520.000 Stellen nach oben brachten, um damit die Arbeitsmarktstatistik zu fälschen. Das sind Ihre Zielprogramme.

(Zuruf von Hermann-Josef Arentz [CDU])

Ich glaube, dass der Bürger ganz genau weiß, dass mit Ihren Vorhaltungen nicht weit zu kommen ist.

Die Arbeitsmarktlage ist schwierig. Ich lehne es ab, hier in irgendeiner Weise einer Landesregierung - insbesondere der in Nordrhein-Westfalen - Schuldzuweisungen zu geben.

Ich habe mir die Schlagzeilen angesehen, in denen stand, wie Firmen und wie Konzerne Men-

(Horst Vöge [SPD])

- (A) schen entlassen, wie sie - wie sie selber sagen - "freisetzen" und wie sie sozusagen ihre Gewinnträchtigkeit erhöhen wollen: Siemens 17.000, Deutsche Bank 7.100, MAN 8.000 usw.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Wer regiert eigentlich in diesem Lande?)

Diesen Zahlen können Sie mit arbeitsmarktpolitischen Mitteln nichts Entsprechendes entgegenhalten.

Wir haben trotz schwieriger Haushaltslage 387 Millionen Mark - mit dem Antrag, den die Koalitionsfraktionen gestellt haben, 388 Millionen Mark - im Haushalt. Sie wissen, dass eine Reduzierung der Mittel auch durch Auslaufen der alten Phase der EU-finanzierten Programme erfolgt und dass "Arbeit statt Sozialhilfe" EU-kofinanziert entsprechend veranschlagt wurde. Hier sind also keine dramatischen Veränderungen seitens der Landesregierung zulasten des Arbeitsmarktes zu sehen.

Ganz im Gegenteil! Wir sagen: Wir werden auch im nächsten Jahr einen Beitrag dazu leisten, Beschäftigte vor drohender Arbeitslosigkeit zu bewahren, von Arbeitslosigkeit betroffene Menschen schnell wieder in neue Beschäftigungsverhältnisse zu verhelfen, und wir werden uns in besonderer Art und Weise den besonders benachteiligten Gruppen widmen.

(B)

Deshalb möchte ich noch einmal die Instrumente nennen, die auch im nächsten Jahr greifen. Mit großem Erfolg sind erhebliche Mittel in eine aktive Arbeitsmarktpolitik geflossen und werden weiterhin fließen. Als konkrete Instrumente nenne ich: Jugend in Arbeit, Arbeit statt Sozialhilfe, Transfergesellschaften, Transferagenturen, Job Rotation, START-Zeitarbeit, Sozialagenturen, und dies mit passgenauer Vermittlung.

Meine Damen und Herren, den Ansatz der Regierung für die Stiftung Wohlfahrtspflege haben wir als zu gering erachtet. Wir sehen die wertvolle Arbeit der Stiftung und haben eine Erhöhung um 2,5 Millionen beantragt. Ich gehe davon aus, dass das heute beschlossen wird. Wir sehen, dass die Gesamtmittel vollkommen ausreichen. Wir haben noch einen Haushaltsrest von 8,8 Millionen Euro. Das reicht aus, um die - nicht über 80 Anträge, Herr Kollege Arentz - 78 Anträge mit einem Volumen von 13,3 Millionen abzuarbeiten. Das sind Anträge, die sich z. T. selbst reduzieren, weil sie

den Bedingungen nicht entsprechen, weil sie vom Stiftungsrat nicht genehmigt werden oder deren Finanzierung sich über mehrere Jahre hinzieht. Deshalb ist der Ansatz, den Sie uns vorgeschlagen haben, ein sehr aufgeblähter Ansatz, der in keiner Weise stimmig ist.

(Zuruf von Hermann-Josef Arentz [CDU])

Dieser Ansatz ist nicht zutreffend, sondern dahinschwadroniert. Sie treffen damit die Stiftung Wohlfahrtspflege.

Ein anderer Punkt ist die Frage der Behindertenarbeit. Der Haushaltsansatz im Haushalt 2002 ermöglicht uns, die erfolgreiche Behindertenpolitik im Lande Nordrhein-Westfalen fortzusetzen. Investive Mittel zur Mitfinanzierung der Behindertenwerkstätten werden wie im Vorjahr bis zu 1.200 Plätze fördern. Behindertenpolitik wird für die SPD-Fraktion auch im Jahre 2002 einen hohen Stellenwert haben. Ich nenne hier das Landesgleichstellungsgesetz und spreche ein paar Punkte an, wo wir gemeinsam diskutieren müssen, wie wir das auf unterschiedlichen Ebenen lösen können: Barrierefreiheit - welche staatliche Ebene macht was und ist für was verantwortlich? -, die Frage der Gebärdensprache oder die Frage der Verbandsklage.

(D)

Im Bereich der Pflegepolitik haben wir im Landtag eine Vereinbarung geschlossen. Die Träger, die Kommunen, haben sich darauf verlassen. Wir haben gesagt: 2001 50 % Beteiligung an komplementären ambulanten Diensten, im Jahre 2002 die Ausfinanzierung mit einer Landesbeteiligung von 25 %, weil wir ausdrücklich sagen: Komplementäre ambulante Dienste sind kommunale Aufgaben, aber wir wollen in der Übergangsphase finanzieren. Wir haben die Gelder für diese 25 % entsprechend eingestellt.

Das Politikfeld Pflegepolitik wird im nächsten Jahr mit sehr großem Elan angepackt werden. Wir haben in diesem Jahr den Evaluationsbericht Landespflegegesetz diskutiert. Wir gehen davon aus, dass dieser Bericht stimmig ist, dass insbesondere für die alten Menschen in unserem Land ein großer Ausbau des Angebots an Pflegediensten und -einrichtungen erreicht wurde, dass wir die Bereitstellung neuer und zusätzlicher Arbeitsplätze im Bereich der Pflege haben und dass wir mit diesem Landespflegegesetz auch in erheblichem Maße zur Verbesserung der kommunalen Situation beigetragen haben.

(Horst Vöge [SPD])

- (A) Wir werden uns im nächsten Jahr über Eckpunkte und über eine Novellierung des Landespflegegesetzes unterhalten, wir werden uns darüber unterhalten, wie wir die Qualität der pflegerischen Dienste weiterentwickeln können und wie wir die pflegerische Infrastruktur bedarfsgerecht ausbauen können. Ich weiß nicht, ob es stimmig ist, dass wir hier einen Investitionsrückstand von 7,4 Milliarden haben, wie die Landschaftsverbände sagen. Wir werden uns darüber unterhalten müssen, wie wir das in gemeinsamer Verantwortung tragen können. Auf keinen Fall wird das Land das allein schultern können. Wir müssen das in gemeinsamer Verantwortung tragen. Deshalb sagen wir: In den kommenden Jahren kommt es darauf an, die Qualität von Einrichtungen und Diensten weiterzuentwickeln und die pflegerische Infrastruktur - darauf legen wir großen Wert - entsprechend weiter auszubauen.

Wir freuen uns, dass wir in diesem Jahr das Demenz-Programm mit zwanzig Modellprojekten - ambulant wie stationär - zusammen mit der Stiftung anfangen konnten. Ich glaube, dass wir hier positive Ergebnisse erreichen.

- (B) Ich gehe davon aus, dass uns dieser Haushalt mit den Veränderungen, die die Koalitionsfraktionen beschlossen haben, sozial in die richtige Richtung bringt, nämlich weiterentwickelt, und dass das soziale Herz der Republik weiter in Nordrhein-Westfalen schlägt. Die hohe soziale Verantwortung, die wir in Nordrhein-Westfalen haben, wird durch diesen Haushalt bestätigt.

Kollege Arentz, ich habe vor kurzem in der "Rheinischen Post" lesen dürfen: Die CDU ist nicht regierungsfähig. Gemeint war Berlin. An Ihrem Beitrag habe ich gemerkt: Für Düsseldorf stimmt das auch. - Danke sehr.

(Beifall bei der SPD - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Da hat er es aber gegeben! - Weitere Zurufe von der CDU)

**Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Herr Vöge. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Dr. Dreckmann das Wort.

**Dr. Ute Dreckmann (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am meisten beeindruckt hat

- (C) mich an dem Haushaltsentwurf für das nächste Jahr die Berichterstattung in der Presse. Als die ersten Zahlen des Entwurfs bekannt wurden, hallte ein Aufschrei durch den Blätterwald ob der dramatischen Einschnitte im Sozialbereich.

Als dann harsche Kritik seitens der Wohlfahrtsverbände und der Kommunen laut wurde, aber natürlich auch von der CDU und, wegen der desolaten Haushaltslage allerdings verhaltener, von uns Freien Demokraten, konnten wir plötzlich lesen, dass die Fraktionen der SPD und der Grünen selbstverständlich dafür sorgen würden, dass die Kürzungen in diesen Bereichen zurückgenommen, zumindest aber weich abgefedert würden. Ich frage Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, allen Ernstes: Für wie dumm halten Sie die Menschen außerhalb dieses Parlamentes eigentlich?

Meinen Sie wirklich, die wüssten nicht, dass die Minister dieser Landesregierung, inklusive des Finanzministers, Mitglieder ihrer Parteien, die meisten sogar Mitglieder ihrer Landtagsfraktionen sind? Einer von ihnen, unser Minister Schartau, soll bald sogar Landesvorsitzender der SPD werden. Möglicherweise haben Sie auch schon das Ergebnis der PISA-Studie vorausgeahnt, das den Deutschen nur mangelhafte Fähigkeiten im Lesen und Verstehen des gelesenen Textes bescheinigt.

(D) Ich habe ein positiveres Bild unserer Gesellschaft. Ihre Taschenspielertricks werden durchschaut. Das weiß ich aus vielen Gesprächen.

Angesichts der katastrophalen finanziellen Lage des Landes hat sich die FDP bei ihren Haushaltsanträgen auf die Politikbereiche beschränkt, in denen wir den meisten Handlungsbedarf sehen, nämlich Bildung, Verkehr, Innere Sicherheit und Kommunalpolitik. Das heißt nicht, dass wir die anderen Themen nicht schätzen, dass sie für uns keine Bedeutung hätten; aber wer sparen will, muss Prioritäten setzen.

Kommen wir nun zum Arbeitsmarkt. Ende November waren in unserem Land 777.320 Menschen arbeitslos. Ein Anstieg auf 800.000 wird von Experten befürchtet. Zunehmend trifft die Arbeitslosigkeit auch junge, gut ausgebildete Facharbeiter und Handwerker. Gleichzeitig klagen die Betriebe über Mangel an Fachkräften. Sie, Herr Minister Schartau, wollen jetzt mit den einzelnen Branchen Gespräche führen, um zu sehen, wie dieses Missverhältnis zu beheben ist.

(Dr. Ute Dreckmann [FDP])

- (A) Ich bin sicher, Herr Minister, Sie werden uns in den nächsten Tagen einen pfiffigen Begriff und eine Hochglanzbroschüre präsentieren, in der Sie uns erklären, wie das Problem angegangen werden kann.

(Minister Harald Schartau: Ohne Broschüre!)

Wahrscheinlich wird als Erstes eine landeseigene GmbH gegründet, die die Daten sammelt, analysiert, koordiniert usw. Diese GmbH wird vermutlich mit finanziellen Mitteln des Landes ausgestattet werden, und es entstehen dort tatsächlich ein paar Arbeitsplätze. Ähnliche Beispiele gibt es schon mit der landeseigenen Zeitarbeitsfirma "Start Zeitarbeit NRW" und der Landesberatungsgesellschaft "GIB", Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung. Die von diesen Landesfirmen getane Arbeit könnte genauso gut - wahrscheinlich sogar besser - von privaten Unternehmen geleistet werden. Das Land könnte so Geld sparen.

- (B) Ich habe auf der Messe "Start" in Essen eine junge Frau aus Polen getroffen, die mit einem Deutschen verheiratet ist, und sich jetzt gerne hier bei uns selbstständig machen würde. Sie kam gerade von dem Stand der "GIB". Sie hat mir gesagt, sie fühle sich an die früheren Zeiten in Polen erinnert. Wie eine Gesellschaft des Landes, deren Mitarbeiter noch nie selbstständig gearbeitet hätten, erfolgreich Existenzgründer beraten könne - so ihre Frage.

(Beifall bei der FDP)

Die Frau hat Recht. Meine Damen und Herren, die Situation auf dem Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen ist dramatisch und unser Arbeitsminister ein ausgesprochen reger und pfiffiger Mensch. Viele seiner Ideen sind auch wirklich richtig. Arbeitsplätze entstehen aber durch kein noch so ausgeklügeltes Arbeitsmarktprogramm und keine noch so wohl klingende Beschäftigungsmaßnahme. Arbeitsplätze entstehen, wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen. Aber die stimmen in unserem Land nicht.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Papke hat dazu vorhin ausführlich Stellung bezogen. Die Regulierungsdichte unserer Arbeitsgesetze setzt jede Eigeninitiative lahm, sowohl seitens der Arbeitnehmer als auch seitens der Arbeitgeber.

Ein Beispiel: Asylbewerber dürfen seit Anfang des Jahres arbeiten. Sie dürfen es aber nur, wenn sie dabei keinem Deutschen oder gleichberechtigt bevorzugten Ausländer die Stelle wegnehmen. Diese Regelung führt in unserem Land, in dem es zum Schutz bevorzogter Arbeitsloser nach wie vor die so genannte Negativliste des Arbeitsamtes gibt, zu kuriosen Sachverhalten.

Ein Gastronomiebetrieb mit Saisongeschäft sucht auf 630-Mark-Basis eine Putzhilfe. Eine Asylbewerberin möchte die Stelle gerne besetzen. Sie ist mit den ungünstigen, betrieblich bedingten Arbeitszeiten wie unregelmäßigem Einsatz, Sonn- und Feiertagsarbeit und Schichtbetrieb einverstanden. Das Landesarbeitsamt aber verweigert die Arbeitserlaubnis, weil Reinigungskräfte auf der Negativliste stehen, die Stellen also bevorzugten Arbeitnehmern freigehalten werden müssen, auch wenn sich aus diesen Reihen gar kein Interessent findet.

Dem Gastronom wird darüber hinaus vorgeworfen, die Stelle bewusst auf die Person der Asylbewerberin zugeschnitten zu haben. Glauben Sie, meine Damen und Herren, dass dieser Gastronom nach diesen Erfahrungen noch Lust darauf haben wird, einen Arbeitsplatz zu schaffen? Er wird seinen Betrieb so organisieren, dass es mit dem bestehenden Personal klappt oder ihn so umstrukturieren, dass noch andere Arbeitsplätze wegfallen. Die Asylbewerberin sitzt weiter zu Hause und dreht Däumchen, die Kommune zahlt weiter Sozialhilfe. Dieser Fall ist kein Einzelfall. Aktuelle Beispiele kenne ich aus vielen Branchen.

Meine Damen und Herren, wir werden unseren Arbeitsmarkt erst wieder flott bekommen, wenn wir die Regulierungsdichte lichten.

Herr Minister Schartau, als Konsolidierungsbeitrag zum Haushalt wollten Sie das Programm "Soziale Wirtschaftsbetriebe" auslaufen lassen. Dies war eine sehr kluge Entscheidung. Dank Rot-Grün sollen diese Betriebe nun mit erheblichen finanziellen Mitteln weitergeführt werden, obwohl die Effektivität bei der Integration von langzeitarbeitslosen Sozialhilfeempfängern in den ersten Arbeitsmarkt nun wirklich nicht erwiesen ist.

Aber das ist noch nicht alles! Mit 975.000 Euro soll eine Brückenstelle gefördert werden, die Begleitungs- und Koordinierungsfunktionen für kleine modellhafte Arbeitsmarktprojekte wie z. B. die Dienstleistungspools übernimmt. Schon auf diese Dienstleistungspools können wir angesichts

(C)

(D)

(Dr. Ute Dreckmann [FDP])

- (A) knapper Kassen gut verzichten - auf diese Brückenstelle erst recht. Wirtschaftlich werden diese gemeinnützigen Gesellschaften nie arbeiten können, weil bei den augenblicklichen Arbeitskosten die angebotenen Dienstleistungen viel zu teuer wären. Als Existenzgründungsidee für Frauen - als solche wurden diese Pools bei ihrer Erfindung auch angeboten - taugt die Idee deshalb ebenfalls nicht.

Wir haben es nachgerechnet: Bei der Agil gGmbH in Bochum kostet eine Putzhilfe ca. 26 DM pro Stunde. Müsste Agil Gewinne erwirtschaften, müssten es schon 36 DM pro Stunde sein. Auf dem Schwarzmarkt bekomme ich eine Putzhilfe für die Hälfte, nämlich für unter 20 DM.

(Minister Harald Schartau: Genau!)

Mit dem Thema der häuslichen Dienstleistungen werden wir uns aber am Freitag beschäftigen.

Im Bereich Soziales dieses Haushalts hat uns insbesondere die Halbierung der Mittel für die Stiftung Wohlfahrtspflege von 25.564.000 auf 12.782.300 Euro geärgert. Das ist wirklich dreist. Die 2.500.000 Euro - zu dieser Erhöhung hat sich Rot-Grün dann doch durchgerungen - sind eher ein lächerlicher Betrag, wenn man bedenkt, dass für das nächste Jahr geplant ist, mit Mitteln der Stiftung auch unterstützende Hilfe für Demenzerkrankte und ihre Angehörigen zu fördern.

(B)

Herr Minister Schartau, in Ihrer Einführungsrede zum Haushalt 2002 haben Sie - ich zitiere - geschrieben:

"Wir konzentrieren die Mittel auf zentrale Schwerpunkte, die nicht nur für die gesellschaftlich-soziale, sondern auch für die ökonomische Zukunft unseres Landes von höchster Bedeutung sind."

Diesem sicherlich hehren Ziel wird der vorgelegte Entwurf in keiner Weise gerecht. Die FDP-Fraktion lehnt diesen Bereich des Haushalts deshalb ab.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Frau Dr. Dreckmann. - Für Bündnis 90/Grüne hat jetzt Frau Kollegin Steffens das Wort.

- (C) **Barbara Steffens (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Klar ist, dass mit der Situation am Arbeitsmarkt weiß Gott niemand zufrieden sein kann, keine Situation, in der es nicht notwendig wäre, der Arbeitslosigkeit mit vielfältigen Maßnahmen entgegenzutreten. Herr Arentz, nur glaube ich, dass es überhaupt keinen Sinn macht, hier zum 128. Mal Schaufensterreden mit gegenseitigen Schuldzuweisungen zu halten. Wir werden nämlich nicht gegeneinander aufrechnen können, wie viele Arbeitslose Sie in der Bundesregierung produziert haben, welche Strukturen geändert worden sind, die noch heute Erwerbslosigkeit verursachen, wie viele Arbeitslose durch das eine oder andere Projekt in Nordrhein-Westfalen zustande kommen - wir werden also keine Bilanz ziehen können, wo die Ursache der extrem hohen Erwerbslosigkeit liegt.

Im Gegenzug auf Ihre Rede müsste ich jetzt sagen: Ihre Politik im Bund hat die Massenerwerbslosigkeit verursacht. - Ich glaube aber, dass solche Schaufensterreden der Situation in Nordrhein-Westfalen und der Situation auf dem Arbeitsmarkt überhaupt nicht gerecht werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (D) Es ist vielmehr endlich an der Zeit, sich auch über Fraktionsgrenzen hinweg Gedanken darüber zu machen, wie man dem Problem der Massenerwerbslosigkeit konstruktiv begegnen kann.

Herr Arentz, angesichts solcher Reden, wie Sie sie gerade bei der Einbringung des Haushalts hier im Plenum gehalten haben, sind die Anträge, die Sie im Ausschuss vorgelegt haben, vernichtend. Sie haben nämlich nichts gebracht. Es gibt von Ihnen keine einzige Haushaltsforderung zum Thema Arbeitsmarktpolitik. Aber Sie sagen, unsere Politik sei falsch.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Ich finde, dass Ihre Politik eine Schaufensterpolitik ist. Sie stellen Floskeln und Parolen in den Raum, machen Vorwürfe, sind aber nicht in der Lage, konstruktiv zu arbeiten.

Alles, was von Ihnen in dem Zusammenhang kommt, ist ein Antrag, über den wir am Freitag beraten werden. Danach sollen die Lohnnebenkosten für alle Einkommen bzw. einen großen Teil bis zur Summe XY aus Steuermitteln finanziert

(Barbara Steffens [GRÜNE])

- (A) werden. Mit dieser Politik wollen Sie den Niedriglohnbereich ausbauen. Das, was im Bereich der Jugenderwerbslosigkeit notwendig ist, nämlich Qualifizierung und Weiterbildung, wollen Sie aber nicht angehen. Sie wollen unqualifizierte Menschen im Stich lassen, sie irgendwo hineinschieben und auf Staatskosten finanzieren. Das ist keine konstruktive Arbeitsmarktpolitik. Diese Politik ist auch nicht sozialverträglich.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Hört, hört!)

Wir haben den Haushaltsentwurf im Arbeitsmarktbereich an einigen Stellen sehr wohl verändert. Gerade vor dem Hintergrund, dass speziell die ESF-kofinanzierten Arbeitsmarktprogramme regionalisiert sind, haben wir jenseits der Aufstockung der Programme, die es im Land noch gibt, für einen neuen Posten im Haushalt gesorgt, mit dem besonders für die Menschen, denen eine Qualifizierung fehlt oder die übergangsweise überhaupt nicht qualifizierbar sind, Arbeitsmarktprojekte in Nordrhein-Westfalen durchgeführt werden. Ich denke dabei auch an die Langzeiterwerbslosen und die älteren Menschen, die Probleme am Arbeitsmarkt haben.

- (B) Durch eine Aufstockung haben wir die Fortschreibung der sozialen Wirtschaftsbetriebe sichergestellt. Frau Dreckmann, ich glaube, Sie haben das Prinzip und den Sinn der Dienstleistungspools noch immer nicht verstanden. Wir wollen, dass Frauen nicht die eine oder andere Putzstelle in Schwarzarbeit annehmen, sondern wir wollen, dass Haushaltskräfte sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind und in mehreren Haushalten gleichzeitig arbeiten können, um damit ein existenzsicherndes Einkommen zu haben. Klar ist, dass wir das nicht bis zum Sankt-Nimmerleinstag werden subventionieren können. Unter anderem die steuerrechtlichen Rahmenbedingungen müssen auf Bundesebene geschaffen werden. Das wird man wohl in einiger Zeit auf den Weg bringen können, sodass sich die Dienstleistungspools am Markt behaupten können.

Unsäglich finde ich es, dass die Stundenlöhne von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten immer wieder mit den Stundenlöhnen verglichen werden, die es für Schwarzarbeit gibt, nach dem Motto: Schwarz bekommen Sie eine Putzfrau für 20 DM die Stunde oder weniger. - Womöglich verstehen die Menschen das als Aufforderung, Arbeiten schwarz verrichten zu lassen, weil es

sich angeblich nicht lohnt, teure sozialversicherungspflichtige Arbeitskräfte einzustellen. (C)

Wir wollen das nicht. Wir wollen die Dienstleistungspools und modellhafte Projekte in diesem Bereich weiter fördern und fordern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es geht aber nicht nur um Arbeitsmarktpolitik, sondern auch um Sozial- und Altenpolitik. Herr Arentz, in einem sehr theatralischen Redebeitrag haben Sie wieder einmal das Land für seine Verantwortungslosigkeit gezeißelt, weil wir beim Bau und der Erstausrüstung von Pflegeeinrichtungen nicht mehr Geld in den Haushalt eingestellt haben. Sie sind schon länger im Parlament als ich und müssten eigentlich wissen, dass es im Landespflegegesetz festgelegt war, bis wann und wie finanziert wird. Wenn Sie in dem Bereich mehr machen wollen, frage ich Sie: Warum bringen Sie sich nicht konstruktiv in die Diskussion um das Landespflegegesetz ein? Warum finden Sie da keine Lösungen? Die 20 Millionen Euro im Haushalt sind eine absolute Scheinsumme; denn ohne eine gesetzliche Änderung könnte diese Summe überhaupt nicht abfließen. Das eine ohne das andere zu machen ist auch wieder nur ein schaufensterpolitisches Gehabe von Ihnen. (D)

Zur Stiftung Wohlfahrtspflege: Auch ich hätte dort gerne mehr Geld zur Verfügung. Gerade vor dem Hintergrund der Spielsuchtproblematik hat man in der Entstehungsgeschichte die richtige Lösung gefunden und gesagt: Die gesamten Spielbankeinnahmen dürfen nicht dem Staat zufließen, sondern müssen der Wohlfahrtspflege zukommen. - Das ist im Laufe der Jahre mehr und mehr abgebaut worden.

Trotzdem kann man damit in diesem Haushaltsjahr über die Runden kommen. Wir stocken so auf, wie wir das als rot-grüne Koalition vorgesehen haben, und versuchen, in diesem Jahr etwas knapper zu wirtschaften. Ab dem nächsten Haushaltsjahr aber, so denke ich, wird die Situation anders sein und die Stiftung Wohlfahrtspflege wieder die gesamte Summe, die ihr bisher zur Verfügung gestanden hat, erhalten.

Zwei Punkte aus dem Bereich, in dem Sie sich als Retter der Alten und Entrechteten darstellen - Sie werfen uns vor, uns wären die alten Menschen schnurzegal -, halte ich für ziemlich hanebüchen. Sie haben uns bisher in allen Debatten vorgewor-

(Barbara Steffens [GRÜNE])

- (A) fen, wie sträflich, wie unsozial wir seien, weil wir die komplementären ambulanten Dienste herunterfahren und bei den neuen Wohnformen nichts machen würden. Im Ausschuss haben Sie ein Theater darum gemacht. Und was liegt in der Ausschussberatung - Sie kennen unsere Anträge nicht, wir Ihre nicht - von Ihnen auf dem Tisch? Im 15er-Haushalt zu den komplementären ambulanten Diensten: nichts. Im 15er-Haushalt zu den neuen Wohnformen: nichts. Ich habe das Gefühl, dass denjenigen die alten Menschen schnurzegal sind, die sich hierhin stellen und schreien, die alten Menschen seien uns schnurzegal.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Sie machen solche Einschnitte und Kürzungen!)

Wir haben die Finanzierung der komplementären ambulanten Dienste so vorgenommen wie vereinbart. Wir haben bei den neuen Wohnformen neue Mittel eingestellt. Wir wollen die Weiterentwicklung der neuen Wohnformen. Wir wollen nämlich nicht, dass alte Menschen perspektivisch gezwungen sind, ins Heim zu gehen, sondern wir wollen, dass sie in neuen Wohnformen, also in ihren eigenen Häuslichkeiten oder in anderen Modellen, leben können.

- (B) Für mich bleibt unter dem Strich nur eine Schlussfolgerung: Wenn Sie in der Arbeitsmarktpolitik, in der Sozialpolitik, in der Altenpolitik keine Anträge stellen, sondern das uns überlassen, dann heißt das für mich: Nicht nur die Bürger und Bürgerinnen in Nordrhein-Westfalen, sondern auch die Opposition in diesem Parlament scheint mit unserer Politik nicht nur zufrieden zu sein, sondern ist es tatsächlich und kann sich auf unsere Sozialpolitik verlassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Frau Steffens. - Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Schartau das Wort.

**Harald Schartau, Minister für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch in einer schwierigen Haushaltssituation ist die Landesregierung in der Lage, im Bereich der Arbeitsmarktpolitik und der Sozialpolitik in diesem Land deutliche Akzente zu setzen.

Wir sind mit Blick auf die Zukunft der Jugendlichen in unserem Land entscheidend weitergekommen. Jeder Jugendliche in Nordrhein-Westfalen, der einen Ausbildungsplatz will, bekommt auch einen. Ende November warten auf knapp 1.700 Jugendliche, die in unserem Land noch einen Ausbildungsplatz suchen, über 2.100 freie Ausbildungsplätze. Wir werden bis zum Ende des Jahres erreicht haben, dass jeder Jugendliche, der einen Ausbildungsplatz will, auch einen Ausbildungsplatz bekommt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit hat nach der außerordentlich kreativen und beeindruckenden Kurve von Herrn Arentz einen unerfreulichen Verlauf genommen. Das treibt mich um. Wir haben an verschiedenen Punkten Veränderungen erreicht, die man aber nur dann sehen kann, wenn man sich mit der Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit befasst.

Auf der einen Seite hat auch in den letzten Monaten die Zahl der Jugendlichen abgenommen, die länger als sechs Monate arbeitslos sind. Diese Zahl verändert sich also von Monat zu Monat zum Besseren.

Jugendliche sind überwiegend kurzzeitig arbeitslos. Nach den in vielen Branchen abgeschlossenen Tarifverträgen wird nach der Ausbildung zumindest für ein halbes Jahr, also befristet, übernommen. Im Augenblick beschäftigen die Unternehmen die Jugendlichen nach der Befristung bei Personalanpassung aufgrund der Sozialauswahl zunächst nicht weiter, um die Älteren an Bord zu halten. Das ist eine unerfreuliche Entwicklung, Frau Dreckmann, aufgrund derer wir in der Tat auf die Branchen zugehen und sie fragen, warum auf der einen Seite ein Fachkräftebedarf vorhanden ist und auf der anderen Seite gerade Jugendliche mit einer Facharbeiterausbildung arbeitslos werden. Wir machen keine Hochglanzbroschüre daraus, sondern versuchen, möglichst schnell Antworten zu finden, die den Jugendlichen auch eine Perspektive geben.

Wir haben trotz der außerordentlich unerfreulichen Zunahme der Arbeitslosigkeit insgesamt festzustellen, dass sich im strukturellen Bereich etwas tut. So hat sich in den letzten Monaten die Zahl der schwer behinderten Menschen, die arbeitslos sind, Monat für Monat verringert - auch im letzten Monat. Es ist ein Schwerpunkt der Lan-

(C)

(D)

(Minister Harald Schartau)

(A) despolitik, dafür zu sorgen, dass Menschen mit einer Schwerbehinderung nicht schon aufgrund der Schwerbehinderung überhaupt keine Chance mehr haben. Die Zahl hat sich weiter verringert: Wir liegen jetzt 7,5 % unter der Zahl der arbeitslosen schwer behinderten Menschen im letzten Jahr. Da werden wir weitergehen.

Bei den langzeitarbeitslosen Menschen in unserem Land hat sich auch im letzten Monat die Zahl weiter nach unten verändert. Das heißt, dass die Maßnahmen, die wir angesichts struktureller Verstärkungen ergreifen, wirken. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist im letzten Monat um weitere 6,1 % zurückgegangen.

In der Tat mag es den einen oder anderen stören, dass die Landesregierung und auch mein Ministerium eine Vielzahl von Aktivitäten im Bereich der Arbeitslosigkeit starten. Aber mir ist lieber, die Opposition wirft uns vor, dass wir zu viel machen, als dass sie uns vorwirft, dass wir nichts machen.

(Beifall bei der SPD - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Den Vorwurf hat keiner gemacht!)

(B) - Den Vorwurf höre ich immer wieder heraus, wenn der ein oder andere zu den Ansätzen, die wir fahren, geneigt ist zu sagen: Da reiht sich eine Initiative an die andere, und es tut sich wenig. - Aber es tut sich strukturell etwas, und zwar dadurch, dass wir an den Problemen des Arbeitsmarktes ansetzen, die ausgemergelt werden müssen.

Wir vergessen dabei auch nicht, an die Unternehmen zu appellieren, in einer zugegebenermaßen schwierigen konjunkturellen Situation die Schwelle zur Entlassung nicht auf den Nullpunkt sinken zu lassen, sich an die Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung zu erinnern, die Tarifvertragsparteien aufzufordern, alles zu tun, um diese konjunkturelle Situation ohne Entlassungen zu überwinden.

Nun zur Sozialpolitik: In der Tat ist auch im Bereich der Sozialpolitik ein schwieriger Haushalt zu fahren. Wir haben in einigen Bereichen Änderungen vorgenommen. Ich finde - das möchte ich in diesem Zusammenhang noch einmal erklären -, dass ein Sozialpolitiker, der konsolidieren muss, die Entscheidung zu treffen hat, ob er eine Kürzung bei Projekten vornimmt, die von Jahr zu Jahr beschlossen werden und die für den Sozial-

bereich wichtig sind, oder ob er dort kürzt, wo die dauerhafte Struktur der Sozialarbeit in Nordrhein-Westfalen betroffen wäre. In dieser Frage haben in diesem Jahr eine Entscheidung zugunsten der Dauerhaftigkeit und zu Lasten der Stiftung Wohlfahrtspflege getroffen, die aber aufgrund ihrer Rücklagen und nicht vorausgabter Mittel in der Lage ist, ihre Aufgaben weitgehend zu erfüllen. (C)

Es gibt eigentlich nur einen Punkt, Herr Arentz, der über das normale Oppositionsmaß hinauschießt, weil es infam ist, nämlich der Vorwurf, dass wir für die älteren Menschen in diesem Land und für die Pflegebedürftigen nichts täten.

Das weise ich mit allem Nachdruck zurück.

(Beifall bei der SPD - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das hilft aber nicht!)

Sie müssen auch dem hohem Haus immer wieder erklären, dass es in dieser Frage mehrere Akteure im Land gibt, die finanzieren, die darum besorgt sind, für ältere und pflegebedürftige Menschen etwas zu tun. Man darf nicht so tun, als ob die Landesregierung mit dem Haushalt für die Finanzierung aller Notwendigkeiten in diesem Bereich zuständig wäre. (D)

Ich sage Ihnen, in welche Richtung ich in Zukunft diskutieren werde: Ich werde all die, die sich auf kommunaler Ebene, in den Landschaftsverbänden oder in sonstigen Einrichtungen für diese Bereiche verantwortlich fühlen, immer wieder ermahnen, keine öffentliche Diskussion zu führen und das Schwarze-Peter-Spiel zu spielen, wobei sich die Älteren und Pflegebedürftigen allein gelassen fühlen, sondern Verantwortung für die damit zusammenhängenden Probleme zu übernehmen und mit uns zu Lösungen zu kommen, anhand derer die Älteren und Pflegebedürftigen unsere Verantwortung bemerken.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir werden in Nordrhein-Westfalen dafür sorgen, dass zum Bestandteil einer modernen Landespolitik auch eine moderne Politik für die älteren Menschen gehört, dass gegen Diskriminierung der Älteren angegangen wird, dass in die Pflegepolitik, nachdem wir über einige Jahre hinweg Pflegeheime aus dem Boden gestampft haben, nun Qualitätsstandards kommen und dass wir als Land ein Aushängeschild für eine moderne Alten-

(Minister Harald Schartau)

- (A) und Pflegepolitik werden. Dafür können Sie mich gern in Haftung nehmen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

In der Behindertenpolitik werden wir im Land Nordrhein-Westfalen Stück für Stück dafür sorgen, dass die behinderten Menschen unseres Landes sicher sein können, dass Barrieren aus dem Weg geräumt werden, die ihre Teilnahme am normalen gesellschaftlichen Leben verhindern. Das geht mal schneller, mal langsamer, aber es geht vor allen Dingen immer in Kooperation mit den Behinderten und ihren Verbänden. Dabei müssen wir die gesamte Biographie der behinderten Menschen Stück für Stück danach abklopfen: Wo stehen wir bei notwendiger Unterstützung, bei Hilfestellung im ambulanten, im stationären Bereich? Wo können wir den Familienangehörigen Unterstützung zukommen lassen? Wie können wir erreichen, dass man in Nordrhein-Westfalen mit einer Behinderung möglichst weitgehend so leben kann wie diejenigen ohne Behinderung? Vor allen Dingen: Wie schaffen wir es, die Barrieren in den Köpfen vieler Nichtbehinderter wegzuräumen, um behinderten Menschen eine Perspektive zu schaffen?

- (B) Das alles machen wir in der Gesamtverantwortung für einen Haushalt, der durch Steuerausfälle in der Tat schwieriger geworden ist. Trotzdem soll unsere Kontur weiterhin sichtbar sein. Wir werden diesen Menschen in unserem Land auch in Zukunft Perspektiven bieten. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Herr Minister. - Zu dem Teilbereich "Arbeit und Soziales" liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zum Teilbereich

#### b) Migration

Zunächst erhält für die CDU-Fraktion der Kollege Zylajew das Wort.

**Willi Zylajew (CDU):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren 24 Stunden vor der Zuwanderungsdebatte im Deutschen Bundestag. Unsere Position zur Integration, das, was wir in diesem Zusammenhang im Land für wichtig

- (C) und notwendig erachten, haben wir in gemeinsamen Anträge beraten und verabschiedet. Wir suchen die Gemeinsamkeit auch bei der Beratung über die Haushaltspositionen.

Unsere Position in der Sache kennen Sie. Das erarbeitete Rohkonzept muss verfeinert und umgesetzt werden. Wir haben hierfür Partner zu gewinnen, Partner in den Tageseinrichtungen für Kinder, in den Schulen, besonders bei den Arbeitgebern, die nicht ständig die Zuwanderung neuer Arbeitskräfte fordern können, ohne auch nur im Ansatz einen vertretbaren Beitrag zur Integration der hier lebenden Zuwanderer zu leisten. Wir müssen uns um Partner kümmern bei den Kirchen, Migrantenselbstorganisationen, Ausländerbeiräten, Wohlfahrtsverbänden, Sportvereinen, kulturtreibenden Vereinen und Institutionen, Gewerkschaften, Volkshochschulen und insbesondere den Kommunen.

Am wichtigsten sind schließlich die Menschen im Land; denn ohne eine Veränderung der Einstellung unserer Gesellschaft zu Zuwanderern, zu Migranten werden wir keinen wesentlichen Schritt weiterkommen.

- (D) Alsdann gilt es, die notwendigen Barmittel bereitzustellen. Hier gilt der alte Genossengrundsatz: Ohne Moos nix los.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das ist richtig!)

- Das ist eine Weisheit, die Herr Schartau bitte mit in die SPD nimmt. Da bin ich sicher.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Ohne diese Mittel wird man nichts Entscheidendes erreichen. Ich denke, das wissen wir alle.

Es muss auch eine konsequente und verlässliche Förderung der Umgangssprache in den Kindergärten geben. Wir brauchen eine zeitnahe und intensive Sprachförderung in Grundschulen und weiterführenden Schulen, ein flächendeckendes Angebot an Integrationskursen, die zweckgerechte Unterstützung von integrativen Projekten in den Bereichen Sport, Kultur, Soziales, die flankierende Förderung von landsmannschaftlicher und verbandlicher Integrationsarbeit, auch die mit identitätserhaltendem Charakter.

All dies hat einen Preis, und wir müssen sicherlich auch in Zukunft stärker Mittel bereitstellen für berufliche Anpassungskurse, für die Nachqualifi-

(Willi Zylajew [CDU])

- (A) zierung von Hochschulabsolventen, für die Ausbildung von islamischen Religionslehrerinnen und -lehrern, für die Unterrichtung von Fremdsprachen der Herkunftsländer unserer Zuwanderer. Wir brauchen Mittel für die Neuausrichtung der Jugendsozialarbeit.

Dies und Weiteres ist mit den finanziellen Mitteln, die wir für das Haushaltjahr 2002 bereitstellen, natürlich nicht möglich. Wir sind uns im Landtag einig: In den kommenden Jahren müssen wir - dies ist unabdingbar - mehr tun, mehr Budgetmittel und mehr Personal zur Verfügung stellen. Die Tatsache, dass wir dies gemeinsam erkennen, ja ausdrücklich erklären, ist aus unserer Sicht schon ein guter und sogar bedeutender Schritt.

Ich kann nur sehr darauf hoffen, dass die Vertreter des Kabinetts diese Botschaft hören und verstehen.

Kein Zweifel: In den nächsten Monaten ist die Bündelung von Budgetmitteln notwendig. Im Weiteren gilt es dann, eine Umschichtung vorzunehmen. Für unsere Fraktion steht fest: Wir können keine zusätzlichen Einnahmen in die Integrationsarbeit lenken. Wir können die Integrationsoffensive nur mit Umschichtungen finanzieren. Dabei denken wir an die verschiedensten Bereiche innerhalb unseres Arbeitsfeldes.

(B)

Für uns ergeben sich folgende Fragen: Ist die Förderung von Modellprojekten für Neuzuwanderer in den Kommunen derzeit noch unbedingt erforderlich? Wäre das Geld für die Anti-Diskriminierungsarbeit nicht wirksamer bei der Integration angelegt als in Projekten, die wir aus den vergangenen Jahren leidlich kennen.

(Zustimmung von Thomas Kufen [CDU])

Ist die Förderung des aus unserer Sicht nicht unbedingt begeisternden Tuns von Herrn Prof. Sen im Zentrum für Türkeistudien noch in dem Maße sinnvoll, wie wir sie bisher praktizieren? Für uns stellt sich die Frage, ob wir bei den RAAs nicht zu einem höheren Wirkungsgrad gelangen können und hierbei sogar noch Barmittel einsparen. Wir fragen uns: Stimmt das Verhältnis zwischen den Haushaltsmitteln beim Landeszentrum für Zuwanderung und den Summen, die wir für die konkrete Arbeit zur Förderung von Migrantenkinder ausgeben?

Die geringen Ansätze bislang reichen nicht aus. Wir nehmen zur Kenntnis, dass es den Koalitions-

- fraktionen offensichtlich gelungen ist, zumindest die Mittel für die Sprachförderung etwas zu erhöhen. Unseren Anträgen entnehmen Sie, dass uns dies von der Summe her in keinem Falle reicht. (C)

Wir fürchten, das Klima in unserem Land wird insgesamt schwieriger. Terror, Rezession und Arbeitslosigkeit markieren die verbleibenden zehn Regierungsmonate des Herrn Schröder. Unter solch miserablen Umständen haben es hier lebende Zuwanderer besonders schwer. Wir sind in stärkerem Maße als bisher gefordert, ihnen eine größere Unterstützung zu gewähren.

(Zustimmung von Thomas Kufen [CDU])

Lassen Sie uns diesen Mitbürgerinnen und Mitbürgern helfen, ihren Platz in unserer Gesellschaft zu finden.

Damit wir uns richtig verstehen, darf ich an das Kabinett appellieren und auf die gemeinsame Erklärung verweisen. Wir erwarten eine durchgreifende Neuausrichtung der Integrationsförderung für das Jahr 2002 und die Folgejahre. Ohne eine verlässliche Integrationsförderung kann keine Verständigung über das Zuwanderungsgesetz im Bund zustande kommen.

(Beifall bei der CDU)

(D)

Außerdem kann es nur ein Einvernehmen geben, wenn wir die Zuwanderung steuern. Und steuern heißt sicherlich, diese zu begrenzen. Ich bitte die rot-grünen Kolleginnen und Kollegen sehr herzlich: Nehmen Sie Einfluss auf Ihre Bundestagsfraktionen. Wir sollten uns allesamt sehr darum bemühen, dass wir die Einigkeit, mit der wir hier dieses Thema beraten, auch im Bund erleben. Wenn im Bund alle in dem Geist arbeiten, in dem dieses Haus das Thema erarbeitet hat, sind wir als CDU-Fraktion im Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen sicher, ein gemeinsames Zuwanderungsgesetz zustande zu bringen, das den Zuwanderern, den hier lebenden zugewanderten Mitbürgern und der gesamten deutschen Gesellschaft dient. - Ich danke sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Herr Zylajew. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt das Wort Frau Kollegin Dedanwala.

(A) **Vera Dedanwala (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss mit Erstaunen sagen, bis heute Morgen um zehn Uhr, als ich diesen Plenarsaal betrat, war die Welt im Migrationsbereich in Ordnung. Wir hatten Ausschussberatungen, Haushaltsberatungen und festgestellt, dass der Landeshaushalt im Bereich der Migration eine Überrollung der Ansätze vorgenommen hatte. Das heißt, die Ansätze des Vorjahres waren auch für das kommende Jahr übernommen worden - bei der Haushaltslage des Landes keine Selbstverständlichkeit; denn in vielen Bereichen ist eingespart worden.

Wir haben gesagt, es ist eigentlich klar, dass die Integrationsoffensive, die dieser Landtag im Juni einstimmig verabschiedet hat, mit all ihren Maßnahmen und mit all ihren Bündeln an Arbeit noch nicht Eingang in diesen Haushalt finden konnte, weil dieser Haushalt schon in der Aufstellung war, als die Integrationsoffensive beschlossen wurde. Deshalb waren wir uns im Migrationsbereich einig, dass wir an diesen Haushalt noch keine konkreten Forderungen in Einzelbereichen stellen konnten, sondern dies erst beim nächsten Mal möglich sein würde. Deshalb haben wir im Ausschuss festgelegt, jetzt keinen konkreten Antrag zu irgendeiner Position zu stellen, sondern haben uns auf eine gemeinsame Entschließung geeinigt. In dieser Entschließung fordern wir die Landesregierung auf, das für den Migrationsbereich in diesem Land gezahlte und angesetzte Geld ganz bewusst auf die Ziele der Integrationsoffensive des Landtages hin abzuklopfen und umzuschichten. Das war einstimmig. Diese Entschließung zur dritten Lesung des Haushaltes liegt vor.

(B) Dann kam ich heute Morgen in den Plenarsaal und finde ein Bündel von Anträgen der CDU- und der FDP-Fraktion vor - Anträge, die in dieser Form dem Ausschuss nicht vorgelegen haben oder im Ausschuss zurückgezogen wurden.

(Horst Engel [FDP]: Die sind alle bereits beraten worden! - Zurufe von der CDU)

- Entschuldigung, Herr Solf, ich habe an der Sitzung des Ausschusses teilgenommen, Sie, glaube ich, nicht. Die Anträge waren im Ausschuss zurückgezogen worden. Das geht auch aus dem Protokoll der Sitzung hervor.

Nun lese ich in vier Anträgen, dass wir im Migrationsbereich Kürzungsmaßnahmen vornehmen

sollen. Das ist heute ein neuer Effekt. Es geht dabei um 770.000 Euro für Zuschüsse für die Antidiskriminierungsarbeit im Land Nordrhein-Westfalen. Beantragt wird, den Haushaltsansatz auf null zu setzen. Mit anderen Worten: Die Antidiskriminierungsarbeit - das gilt auch für laufende Projekte - müsste mit dem 1. Januar 2002 gestoppt werden. (C)

Beim Modellprojekt Neuzuwanderer - Ansatz: 409.000 Euro - wird ebenfalls eine Kürzung auf null vorgeschlagen. Mit anderen Worten: Neuzuwanderer in den Kommunen gibt es nach Antragstellung dieser Fraktion im Jahre 2002 nicht mehr.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linszen)

Beim nächsten Antrag zu den Regionalen Arbeitsstellen und Hauptstelle einschließlich Aktivitäten im Rahmen der Integrationsoffensive soll der Ansatz von 2.382.000 um 238.000 Euro gekürzt werden. Das heißt, der Ansatz für die Stellen, die wir gerade für die Umsetzung der Integrationsoffensive brauchen - das sind die RAAs im Lande Nordrhein-Westfalen -, soll gekürzt werden. So etwas geschieht völlig überraschend in der Nacht vom 9. auf den 10. Dezember im Jahre 2001.

Schließlich soll der Titel Landeszentrum für Zuwanderung mit einem Haushaltsansatz von 1.179.000 Euro um 176.000 Euro gekürzt werden. (D)

Dann habe ich danach gesucht, wo diese insgesamt 1,5 Millionen Euro geblieben sind. Ich habe im Haushalt für Kinder, Jugend und Familie eine Haushaltsposition von 1,3 Millionen Euro zur Sprachförderung von Kindern aus Migrantenfamilien gefunden. Das ist ja ein ehrenvolles Anliegen.

(Beifall von Thomas Kufen [CDU])

Wir brauchen diese Sprachförderung für Kinder in Migrantenfamilien. Aber wir waren uns doch im Ausschuss einig, dass wir dafür ein Konzept haben müssen. Wir müssen wissen, welche Altersgruppe der Kinder wir nehmen. Wir müssen wissen, welches Personal diese Kurse in Kindergärten und Kindertageseinrichtungen erteilen wird. Dies haben wir doch zurückgestellt und gesagt, dass erst diese vorbereitenden Arbeiten in den Ministerien geleistet werden müssen.

(Zuruf von Michael Solf [CDU])

(Vera Dedanwala [SPD])

- (A) - Herr Solf, melden Sie sich doch für Ihre Fraktion zu Wort und rufen Sie nicht immer dazwischen.

(Beifall bei der SPD)

Anschließend wollen wir diese Arbeit konsequent und konzeptionell umsetzen. Dann werden wir auch gemeinsam dafür stehen und das Geld dafür beantragen. Diese Vereinbarung haben wir auch mit dem Ministerium getroffen. Das Ministerium begleitet uns ja auf diesem Weg, und zwar nicht unwillig. Das Ministerium weiß, dass wir in diesem Bereich vorankommen wollen. Ich hoffe, dass wir auch noch in Zukunft gemeinsam bei dieser Frage vorankommen wollen. Deshalb bitte ich Sie, diese Anträge im Migrationsbereich wie im Ausschuss auch hier zurückzuziehen und zur Entschließung, die wir alle nach vorn gerichtet gefasst haben, zurückzukehren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die FDP-Fraktion erteile ich jetzt Frau Dr. Dreckmann das Wort.

- (B) **Dr. Ute Dreckmann (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Angesichts der defizitären Haushaltslage des Landes und im Hinblick auf die Verabredung der Obleute im Migrationsausschuss, Anträge in Bezug auf die Durchsetzung der Integrationsoffensive Nordrhein-Westfalen möglichst gemeinsam zu stellen und zu beschließen, hat die FDP von Anfang an darauf verzichtet, im Migrationsausschuss Änderungsanträge zu diesem Haushaltsbereich einzubringen.

Wir stellen dennoch fest, dass die unter Titelgruppe 64 zur Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer und -nehmerinnen, Migrantinnen und Migranten veranschlagten Mittel von insgesamt 11.289.400 Euro ausgesprochen gering sind.

Dazu sind wir grundsätzlich anderer Ansicht als Sie, Herr Zylajew. Denn dass es um die Integration der Bürgerinnen und Bürger mit ausländischem Pass oder ausländischer Herkunft in unserem Land nicht zum Besten bestellt ist, war sicher auch der Landesregierung schon bekannt, bevor der Migrationsausschuss die Integrationsoffensive beschlossen hat. Wie schlecht es gerade mit der Integration der Kinder und Jugendli-

- chen aus Migrantenfamilien aussieht, macht die PISA-Studie erschreckend deutlich. (C)

Unser Bildungssystem verhindert Integration. Dass ein hoher Anteil von Migrantenkindern in den Schulklassen die Qualität des Unterrichts senkt, ist ein weit verbreitetes Stammtisch-Vorurteil, das PISA zu belegen scheint. PISA belegt aber auch, dass Länder mit einem ebenso hohen oder sogar weit höheren Anteil an Migrantenkindern in Bezug auf die Lesekompetenz der Schülerinnen und Schüler weit vor uns liegen. Die klassischen Einwanderungsländer Kanada, Neuseeland und Australien belegen im Länderranking der Lesekompetenz immerhin die Plätze zwei, drei und vier, während Deutschland mit Platz 21 bei insgesamt 31 Listenplätzen weit abgeschlagen im unteren Mittelfeld rangiert. Es muss also etwas falsch laufen im Staate Deutschland.

Die Integrationsoffensive Nordrhein-Westfalen stellt fest, dass die Eingliederung der Migrantinnen und Migranten in unsere Gesellschaft eine alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfassende Aufgabe ist. Die Sprachkenntnisse spielen dabei eine entscheidende Rolle. Wir begrüßen deshalb, dass die Familienministerin zur Verbesserung der Sprachkompetenz spezielle Kurse für Kinder aus Zuwandererfamilien fördern will. Dieser Unterricht soll nach Presseberichten ein halbes Jahr vor der Einschulung von den Schulen angeboten und mit 1,6 Millionen gefördert werden. Der Erfolg dieser Aktion erscheint uns allerdings zweifelhaft. Die veranschlagten Mittel sind unseres Erachtens zu gering und die Förderung kommt zu spät. (D)

Die Integrationsoffensive spricht sich ausdrücklich dafür aus, dass Sprachdefizite spätestens im vierten Lebensjahr erkannt werden müssen. Um eine erfolgreiche vorschulische Sprachförderung zu ermöglichen, muss diese dann auch zu diesem Zeitpunkt beginnen.

Es muss uns schon zu denken geben, dass selbst in Ländern mit großem sozialen Gefälle wie USA und Großbritannien die Integration von Zuwanderungskindern besser gelingt als bei uns. Die Integration von Zuwanderern ist primär eine soziale Frage. Sie gelingt umso besser, je höher der Bildungsstand und die soziale Schichtzugehörigkeit ist.

Nach der PISA-Studie stammen fast zwei Drittel der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshinter-

(Dr. Ute Dreckmann [FDP])

(A) grund aus Arbeiterfamilien. Seit der Zeit der Anwerbung als so genannte Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter hat sich an der Schichtzugehörigkeit dieser Familien bei uns nur wenig verändert.

Aber während bei der ersten und vielleicht auch bei der zweiten Ausländergeneration die Rückkehr in die alte Heimat Ziel der Lebensplanung war, sind die Migrantenfamilien heute Teil unserer Gesellschaft geworden. Ihre Zukunft heißt Deutschland.

Die Ausbildung der Kinder spielt deshalb eine zunehmend wichtige Rolle in den Migrantenfamilien. Dies ist eine sehr positive Entwicklung.

Der Anteil der ausländischen Kinder in den Kindergärten ist von 44 % im Jahr 1992 auf 92 % im Jahr 1999 gestiegen. Im Bereich der schulischen Bildung liegen die Migrantenkinder aber weiterhin weit zurück hinter den einheimischen Schülerinnen und Schülern. Die Schulbildung konzentriert sich bei den Kindern aus Migrantenfamilien auf den Hauptschulabschluss. 19,3 % der ausländischen Schulabsolventen verließen 1999 die Schule sogar ohne Hauptschulabschluss. Entsprechend hoch ist die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

(B) Eine humane und offene Gesellschaft zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass sie für alle Bevölkerungsgruppen gleiche Chancen bietet. Soziale Mobilität - um die Möglichkeit des Hin- und Herwechsels sowie des Auf- und Abstiegs zwischen verschiedenen sozialen Schichten einmal so zu nennen - ist in unserem Land aber genau so erschwert wie die Bewegungsfreiheit in jeder Art von Verkehrssystem. In beiden Fällen stehen wir im Stau. Beides hat verheerende Auswirkungen auf unsere Volkswirtschaft.

Wohin eine Gesellschaft mit sozialer Abschottung - insbesondere gegen Migrantinnen und Migranten - driftet, können wir zurzeit in Frankreich beobachten. Ich beobachte dieses Land besonders gerne, weil meine Vorfahren aus Frankreich stammen. Trotz langjähriger Migrationserfahrung aufgrund der Kolonialgeschichte und erfolgreicher Integrationsbemühungen seitens der Migrantinnen und Migranten wird die Kluft zwischen der französischstämmigen Bevölkerung und der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zunehmend größer.

Der Bericht in der "WAZ" vom 8. Dezember 2001 deckt sich durchaus mit eigenem Erleben und den Erfahrungen von Freunden und Bekannten. Trotz

(C) des Mythos von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ist die französische Gesellschaft in Bezug auf die soziale Mobilität eine der unbeweglichsten Gesellschaften in Europa. Bürger und Bürgerinnen mit Migrationshintergrund bleiben bei der Job- und Wohnungssuche trotz französischer Staatsangehörigkeit und bester Französischkenntnisse außen vor, weil sie nicht die richtigen Schulen und Universitäten besucht haben.

Die Kinder und Enkel dieser Migrantinnen und Migranten bekennen sich heute bewusst zum radikalen Islam, bezeichnen sich öffentlich als Cousins und Cousins von Osama Bin Ladin und pfeifen im wahrsten Sinne des Wortes auf die Marseillaise. Zu dieser gesellschaftlichen Kluft zwischen Migrantinnen und Migranten und der einheimischen Bevölkerung darf es in unserem Land nicht kommen.

Die Integrationsoffensive Nordrhein-Westfalen zeigt die richtigen Ziele und nennt die richtigen Handlungskonzepte, wie sie zu erreichen sind. Die Einführung des islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache in unseren Schulen und die Anerkennung des Islam als gleichberechtigte Glaubensrichtung neben den christlichen Kirchen und dem Judentum spielen dabei eine entscheidende Rolle.

(D) Meine Damen und Herren, was zurzeit in Krefeld passiert - wo eine türkisch-islamische Gemeinde schon seit längerer Zeit versucht, eine neue Moschee hinter dem Güterbahnhof zu bauen, dies aber von der Stadt immer wieder mit fadenscheinigen Argumenten verhindert wird -, ist ein wirklich schlechtes Beispiel dafür, wie wir in diesem Land mit Migrantinnen und Migranten umgehen.

Meine Damen und Herren, jetzt ist die Landesregierung gefordert, die Kräfte ressortübergreifend zu bündeln und ausreichend finanzielle Mittel bereitzustellen, um die in der Integrationsoffensive genannten Ziele zu erreichen. Wir Migrationspolitikerinnen und -politiker dieses Landes werden fraktionsübergreifend ein waches Auge darauf haben, dass unsere, in der Integrationsoffensive formulierten Ziele zeitnah verwirklicht werden. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei FDP und SPD)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt der Kollege Karśli.

(A) **Jamal Karsli** (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Gäste! Ich freue mich über diesen Haushalt, weil dieser Haushalt drei frohe Botschaften enthält.

Die erste frohe Botschaft ist, dass wir alle Haushaltstitel von 2001 überrollt haben, und zwar trotz Sparmaßnahmen, trotz des Finanzministers und trotz des Rotstiftes. Das ist eine erfreuliche Botschaft.

(Allgemeine Heiterkeit - Dr. Axel Horstmann [SPD]: Mit Hilfe des Finanzministers!)

- Das ist Finanzpolitik. Ich meine den Finanzminister nicht persönlich. Ich weiß, dass er am liebsten einen Grünstift benutzte. Aber manchmal geht das nun nicht anders.

(Zuruf von der FDP: Das hilft aber auch nicht weiter!)

Die zweite frohe Botschaft ist, dass wir trotz der Sparmaßnahmen die Mittel für die Sprachförderung von Migrantenkindern erhöhen konnten. Wir haben die Haushaltsmittel von 2,2 Millionen Euro auf 2,8 Millionen Euro erhöht. Das wollten wir auch so. Das hat auch die Landesregierung gewollt. Auch die Regierungsfaktionen haben das gewollt.

(B) Ich konnte deshalb nicht verstehen, dass Herr Rüttgers gesagt hat, wir hätten in diesem Bereich Mittelkürzungen vorgenommen. Vielleicht hat er das nicht richtig gelesen. Es sei ihm verziehen. Ich hoffe, dass Herr Rüttgers das aber beim nächsten Mal besser lesen wird.

Die dritte frohe Botschaft, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist, dass wir hier in Nordrhein-Westfalen endlich einen Integrationsbeauftragten haben werden. Darüber bin ich sehr froh. Ich freue mich auch darüber, dass wir auch hierfür bereits Haushaltsmittel vorgesehen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben 550.000 Euro für diese Stelle eingeplant. Eine besondere Freude macht mir auch die Bezeichnung dieser Stelle. Es ist nicht die Rede von einem Ausländerbeauftragten, sondern vielmehr von einem Integrationsbeauftragten. Das hat Signalwirkung und ist ein Mosaikstein neben den bereits bestehenden Einrichtungen. Das Landeszentrum für Zuwanderung, die LAGA, das

Zentrum für Türkeistudien usw. sind Ihnen bekannt. (C)

Im Ausschuss für Migrationsangelegenheiten waren wir uns eigentlich einig, dass alle Fraktionen diese Einrichtung eines Integrationsbeauftragten unterstützen wollten. So sollten Synergieeffekte entstehen. Die Integrationsarbeit sollte dort gebündelt werden. Auch an eine kritische Begleitung war gedacht.

Ich freue mich natürlich ganz besonders darüber, dass dieser Vorschlag von Bündnis 90/Die Grünen kam. Bis heute Morgen bin ich auch davon ausgegangen, dass alle vier Fraktionen ein gemeinsames Signal setzen wollten. Es war von einem Entschließungsantrag die Rede. Alle vier Fraktionen waren sich eigentlich einig.

Jedoch habe ich heute die Anträge von der CDU gesehen. Das war aber nicht unsere Vereinbarung. Die CDU hatte ursprünglich im Ausschuss alle Anträge - mit Ausnahme eines Antrages - zurückgezogen. Mit dem einzigen aufrechterhaltenden Antrag wollte sie sich gegebenenfalls nach außen profilieren.

Ich gehe aber davon aus, dass man immer seriös und fair miteinander umgeht. Ich glaube, gerade im Migrationsbereich gibt es keinen Platz, um sich zu profilieren. (D)

Der Gesichtspunkt "Profilierung" bringt mich auf eine Idee, die die PISA-Studie betrifft. Stoiber hat die Frage, ob die Migrantenkinder für das schlechte Abschneiden Deutschlands verantwortlich sind, mit Ja beantwortet. Das finde ich unverantwortlich. Hier sucht man Sündenböcke, Schuldige, obwohl die Migranten nichts dafür können. Aber Gott sei Dank hat Professor Baumert, der am Max-Planck-Institut mit an der Studie gearbeitet hat, richtiggestellt: Kinder aus Migrantenfamilien schneiden schichtbezogen eher besser ab als ihre deutschen Mitschüler.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das heißt: Das Problem, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist nämlich ein soziales und ein schulpolitisches Problem, aber kein Migrationsproblem.

Ich betone es immer wieder: Nichtintegration kostet uns sehr viel. Deshalb müssen wir uns anstrengen, die bei uns lebenden Menschen zu integrieren. Durch die Nichtintegration - das hat auch

(Jamal Karšli [GRÜNE])

- (A) das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung bewiesen - gehen uns jedes Jahr zweistellige Milliardenbeträge verloren. Wir könnten diese Negativbilanz in eine Positivbilanz umwandeln, indem wir die Migranten einfach bei uns integrieren. Deswegen habe ich große Hoffnung, dass sich auf Bundesebene alle Fraktionen endlich auf das Zuwanderungsgesetz einigen. Ich sehe, dass die Aufgaben auch auf uns, auf die Länder, auf die Kommunen, zukommen, hier endlich einmal etwas zu investieren.

Wir dürfen auch die Potenziale, die Chancen, die Ressourcen, die die Migranten bieten, nicht verkommen lassen. Deshalb müssen wir etwas tun und uns anstrengen.

In der Tat ist unser Entschließungsantrag auch eindeutig ein Signal an alle Fachbereiche. Migration ist eine Querschnittaufgabe und erfordert unsere Anstrengung. Er ist auch ein Signal an die Landesregierung. In diesem Jahr haben wir ihr eine Schonfrist gegeben, aber im nächsten müssen alle Maßnahmen, die in der Integrationsoffensive beschlossen worden sind, angegangen werden. Darauf haben wir uns geeinigt. Ich war und bin immer noch froh und gehe davon aus, dass wir weiter machen werden.

- (B) Zuletzt, liebe Kolleginnen und Kollegen: Geld ist nicht alles. Ich weiß, am Geld kann vieles scheitern, aber meine Bitte an Sie und auch an die anwesenden Gäste: Nächstes Wochenende gibt es bei den Muslimen das Fastenbrechenfest, das Ramadanfest. Nach dem 11. September ist vieles durcheinander gegangen. Deshalb vielleicht meine Bitte an Sie: Nehmen Sie dieses Fest zum Anlass, den Dialog mit den Muslimen zu suchen, um Vorurteile oder Unkenntnis auszuräumen. Das kann uns manchmal besser voranbringen als der Betrag von einer Million in diesem Land. - In diesem Sinne bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Herr Kollege Karšli. - Für die Landesregierung spricht jetzt Minister Schartau.

**Harald Schartau,** Minister für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie: Herr Präsident!

- (C) Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Zylajew, Sie haben uns eben eine Weisheit präsentiert, die jeder kennt, nämlich: Ohne Moos nix los. - Es gibt zwischenzeitlich aber noch eine zweite Weisheit, die heißt: Wenn das Geld knapper wird, ist gleich viel mehr als weniger. Insofern glaube ich, dass mit dem gleichen Geld, das uns trotz eines engeren Haushalts im nächsten Jahr für eine moderne Zuwanderungs- und Integrationspolitik zur Verfügung steht, von der Landesregierung der eindeutige Akzent gesetzt wird, dass wir in diesem Bereich nach vorne kommen wollen.

Wir sind in Nordrhein-Westfalen in der Sozialberatung für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger, für die wir im Haushaltsplan knapp 3,4 Millionen Euro eingestellt haben, vorbildlich. Gerade diesem Beratungsangebot der freien Wohlfahrtspflege misst auch der Bericht der Zuwanderungskommission von Frau Professor Süßmuth bei der Neujustierung der Integrationspolitik in ganz Deutschland eine wesentliche Bedeutung bei. Wir fördern damit 240 Stellen im Land, die diese Aufgabe wahrnehmen, und haben damit einen guten Grundstock zur Sozialberatung eingerichtet.

- (D) Wenn wir Integration diskutieren, diskutieren wir immer auch den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Die RAAs, die Regionalen Arbeitsstellen für Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien, begleiten und unterstützen die Kinder und ihre Eltern ebenso wie die pädagogisch Verantwortlichen in Kindergarten und Schule. Ihnen wird bei der Umsetzung der von der Integrationsoffensive vorgegebenen bildungspolitischen Zielsetzung vor Ort eine wichtige Rolle zufallen. Von diesen Stellen haben wir 27 im Land, und diese arbeiten eng mit der Essener Hauptstelle zusammen. Andere Bundesländer haben dieses Netzwerk nicht und beneiden uns zu Recht darum.

Ein letztes Beispiel aus der Vielzahl der integrationspolitischen Ansätze, die in meinem Einzelhaushalt enthalten sind, möchte ich noch ansprechen. Gerade in diesen Tagen legt Bundesjustizministerin Däubler-Gmelin einen Entwurf für ein Gesetz zur Verhinderung von Diskriminierung im Zivilrecht vor. Darin soll es ausdrücklich auch um eine Benachteiligung aus Gründen der ethnischen Herkunft oder der Religion gehen. Die Initiative der Bundesjustizministerin dient der Umsetzung des Artikels 13 der Amsterdamer Verträge. Sie ist

(Minister Harald Schartau)

(A) zu begrüßen, und sie liegt auf der Linie der gemeinsamen Entschließung des Landtages, die ein Antidiskriminierungsgesetz fordert.

Die Gesetzesinitiative wird aber allein nicht ausreichen, um auch im Alltagsleben nachhaltig Diskriminierungen zu vermeiden oder mit erlebten Diskriminierungen angemessen umzugehen. Dazu sind praktische Maßnahmen der interkulturellen Verständigung, der Unterstützung von Diskriminierungsopfern erforderlich.

In Nordrhein-Westfalen haben wir mit unserer langjährigen Förderung von solchen Projekten auch in diesem Bereich mehr vorzuweisen als die meisten anderen Bundesländer. Sie sind gerade erst dabei, sich auf die europäischen Richtlinien und auf die sich abzeichnende neue Gesetzeslage vorzubereiten.

Wir sind heute gut vorbereitet. Auch insofern heißt die Überrollung der entsprechenden Titelgruppe im Haushalt nicht Stagnation, sondern Konsolidierung eines Standards, mit dem wir bundesweit in der ersten Reihe stehen. Beim Ausbau und der Weiterentwicklung unserer Politik orientieren wir uns an den Zielen und den Handlungsansätzen, die der Landtag mit seiner Entschließung vorgelegt hat. Es ist die Aufgabe der Landesregierung, auf der Grundlage dieser Plattform zu konkreten Umsetzungen zu kommen. Dieser Aufgabe kommt die Landesregierung mit ihrer Integrationsinitiative nach.

(B) Dabei setzen wir darauf, dass die vorhandenen Programme noch effizienter ausgestattet und die vorhandenen Mittel noch zielgenauer eingesetzt werden. Dafür bildet unsere nordrhein-westfälische Infrastruktur die geeignete Grundlage - eine Grundlage, die im Übrigen auch mit dem Bericht "Zuwanderung gestalten - Integration fördern", den die unabhängige Kommission "Zuwanderung" von Frau Süßmuth vorgelegt hat, im Einklang steht. Wenn es dort heißt: "Nur eine Politik, die integriert, qualifiziert und sozialen Aufstieg ermöglicht, schafft die Basis für gesellschaftliche Harmonie und effizientes Wirtschaften", dann fühle ich mich in der Arbeit der Landesregierung bestätigt, handeln wir doch nach den Prämissen "Integration durch Qualifikation" und "Integration durch Partizipation".

Diese beiden Begriffe sind eng anzuwenden, wenn es um den Erwerb der deutschen Sprache geht. Spracherwerb ist das Ticket, um am gesellschaftlichen Leben gleichberechtigt teilzuhaben,

im Wirtschafts- und Arbeitsmarkt gleiche Chancen zu bekommen und am politischen Leben teilnehmen zu können. Wie auch in anderen Politikbereichen verfolgen wir hier eine Strategie des Fördern und Fordern. Die noch vorhandenen Defizite in der Förderung wollen wir so rasch wie möglich aus der Welt schaffen.

Das Einwirken auf zuwandernde Menschen, die bereits vorhandenen Förderinstrumente in Anspruch zu nehmen, muss parallel erfolgen. Beide Seiten stehen in der Pflicht, die aufnehmende Gesellschaft ebenso wie diejenigen, die in unser Land zuwandern.

Integration ist keine Einbahnstraße. Integration erfordert Anstrengungen von allen Beteiligten. Integration ist also eine Gemeinschaftsaufgabe. In diesem Sinne erkennen wir an, dass Ausländer und Aussiedler einen unterschiedlichen Status haben. Aber wenn es darum geht, die Integration dieser Bürgerinnen und Bürger praktisch zu organisieren, sie alltagsbezogen zu verbessern, dann orientieren wir uns nicht in erster Linie an dem Rechtsstatus, sondern an der jeweiligen Lebenssituation. Sie ist für uns Ausgangspunkt für eine möglichst passgenaue Integrationsarbeit. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Herr Minister. - Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Beratungen des Teils b des Einzelplans 15.

Ich rufe auf:

c) **Technologie, Qualifikation und Weiterbildung**

Für die CDU erteile ich dem Kollegen Dr. Brinkmeier das Wort.

**Dr. Michael Brinkmeier (CDU):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bereits zum zweiten Mal sollen wir, wenn wir im Rahmen der Haushaltsdebatten über Technologie reden, dies im Rahmen des Einzelplans 15, also dem des Arbeitsministers, tun. Welch ungewöhnliche Stelle, meine Damen und Herren! Wir von der CDU wollen uns nicht daran gewöhnen, diesen Bereich unter Einzelplan 15 zu diskutieren, und zwar zu

(C)

(D)

(Dr. Michael Brinkmeier [CDU])

- (A) Recht; und ich wage einmal die Behauptung: Auch der eine oder andere Herr auf der Regierungsbank, der vielleicht im Augenblick nicht anwesend ist, hat diese Zuordnung zwar hingenommen, aber innerlich nie akzeptiert.

Ich will Ihnen auch sagen, warum wir uns nicht daran gewöhnen, dass der Bereich der Technologie teilweise beim Arbeitsminister angesiedelt ist.

Einigkeit herrscht unter uns sicherlich in der Aussage, dass die Förderung der neuen und die Fortentwicklung der alten Technologien, der etablierten Technologien, für den Standort Nordrhein-Westfalen überlebenswichtig sind. Einig sind wir uns sicherlich auch darin, dass die knappen Mittel der Technologieförderung optimal eingesetzt werden müssen. "Optimal" bedeutet in diesem Zusammenhang: keine Strohfeuereffekte, sondern Aufbau einer aus sich heraus lebens- und leistungsfähigen Anwendung solcher geförderten Technologien.

Dafür ist dann aber eine Technologiepolitik aus einem Guss notwendig, und Sie können uns, wenn sich drei Minister und der Ministerpräsident verantwortlich damit beschäftigen, nicht weismachen, dass Sie eine durchdachte Strategie in der Technologiepolitik besitzen. Der Ministerpräsident ist Herrscher über die Medientechnologien, er nimmt der Forschungsministerin die Führung in der Biotechnologie weg, und der Arbeitsminister nimmt dem Wirtschaftsminister die Hälfte aller Fälle der Technologieförderung weg. Noch jemand ohne Fahrschein?

(B)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Haben Sie schon einmal etwas von Vernetzung gehört?)

- Und von Verantwortung, Herr Ministerpräsident.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Vernetzung und Verantwortung, richtig!)

So ist also die Stoßkraft der Landesregierung in der Technologieförderung zu sehen.

Oder verstehen Sie, meine Damen und Herren von Rot-Grün, unter dem Wort "Breitenförderung" etwa die Verteilung der Führungsverantwortung auf möglichst viele Ministerschultern? Das ist das Problem. Es ist nicht die Vernetzung, sondern einfach die Tatsache, dass Verantwortung verteilt wird. Das nenne ich Technologiepolitik im Chaos, meine Damen und Herren.

- (C) Sie haben die Technologiepolitik zur Manövrier-masse gemacht, Herr Clement, indem Sie wichtige Arbeitsfelder mal hierhin, mal dorthin verschieben. Die Gründe dafür sind aus unserer Sicht nicht nachzuvollziehen. Haben Sie eigentlich einmal auf Ihren Reisen durchs Land Unternehmer oder Forscher gefragt, ob sie denn wissen, an wen sie sich im Einzelfall wenden sollen? Offensichtlich nicht! Oder Sie ignorieren die Klagen über Zuordnungswirrwarr geflissentlich. Dies ist ein echter Schwachpunkt in dieser Regierung.

Ich möchte einmal aus einer kürzlich an der Universität Münster eingereichten Magisterarbeit zitieren, die sich mit der Förderpolitik des Landes im Bereich E-Commerce beschäftigt. Darin wird gesagt, dass das Land eine Unmenge von Initiativen aufgelegt habe, die jede für sich sicherlich ihren inneren Sinn habe. Aber wir lesen darin auch - ich zitiere -:

"Darüber hinaus sollte sich aber auch das Land bemühen, einen transparenteren Überblick über die zahlreichen Einrichtungen und Projekte zu ermöglichen. Zum zweiten sollte untersucht werden, inwieweit die bestehenden Angebote besser gebündelt werden könnten."

Ist das nicht symptomatisch?

(D) Wir können im Ausschuss sicherlich noch über weitere Beispiele unklarer Strukturen sprechen. Aber mit wem eigentlich sollen wir, wenn wir über Grundsätzliches in der Technologietechnik diskutieren, reden? Sollen wir die halbe Regierung vorladen? Das kann doch nicht Ihr Ernst sein.

Zum Schluss zitiere ich aus der sicherlich allen bekannten Berger-Studie über Kompetenzfelder im Ruhrgebiet. Da steht:

"Die Technologiepolitik der Landesregierung hat trotz aller eingeleiteten Maßnahmen bisher noch nicht die erforderliche Durchschlagskraft, um im Ruhrgebiet dauerhafte, selbsttragende Wachstumsprozesse in Segmenten der Spitzentechnologien auszulösen. Dieses komplexe und komplizierte Fördersystem verhindert eine stringente und einheitliche Unterstützung und damit den weiteren Ausbau vorhandener Potenziale."

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren von der Landesregierung: Beenden Sie dieses Zuständigkeitswirrwarr! Ich denke, die Betroffenen im Lande werden es Ihnen danken. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

- (A) **Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Brinkmeier. - Für die SPD spricht jetzt Frau Gießelmann.

**Helga Gießelmann (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie auch mich noch einige Ausführungen zum dritten Block des Einzelplan 15 machen. Dieser Block umfasst die Bereiche "berufliche Ausbildung" und "Technologieförderung". Die berufliche Ausbildung haben Sie ein Stück weit ausgeblendet, Herr Brinkmeier; die müssen wir uns aber auch noch einmal ein wenig anschauen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie die erfolgreiche Gestaltung des Strukturwandels in sozialer Verantwortung bleiben Kernaufgaben unserer Politik auch im Jahre 2002. Hierfür sind im Einzelplan 15 für den Bereich "berufliche Ausbildung" - Kapitel 15 032 - und "Technologieförderung" - Kapitel 15 050 - die Voraussetzungen geschaffen, um die Kontinuität der vergangenen Jahre fortzusetzen.

- (B) Die Qualifizierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist einer der wichtigsten Standortfaktoren für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Hauptaufgabe ist dabei u. a., ein ausreichendes Lehrstellenangebot zu sichern.

Hierfür stellen wir im Rahmen des Ausbildungskonsenses NRW ca. 14 Millionen Euro zur Verfügung, sodass der diesjährige Mittelansatz gehalten wird.

Das Programm zur Förderung benachteiligter Jugendlicher in der Berufsausbildung wird mit gleichem Mittelansatz wie 2001 gefahren. Das heißt, auch für 2002 stehen ca. 17,5 Millionen Euro zur Verfügung.

Für Maßnahmen zur Förderung der Berufsausbildung werden 2002 ebenso wie in diesem Jahr 15,6 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Für die Weiterbildungsinitiative Nordrhein-Westfalen werden auch 2002 ca. 2 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Damit leisten wir einen Beitrag, die Bedeutung der beruflichen Weiterbildung für kleine und mittlere Unternehmen verstärkt in das Bewusstsein der Arbeitnehmer sowie der Verantwortlichen in den Unternehmen zu rücken.

- (C) Durch die Förderung von Einzelmaßnahmen sollen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die Notwendigkeit beruflicher Weiterbildung verdeutlichen sowie entsprechende Instrumente für kleine und mittlere Unternehmen entwickeln, um zielgerichtete und problemorientierte Lösungen zu schaffen.

Darüber hinaus haben wir auch durch Haushaltsvermerke Vorsorge dafür getroffen, dass in den Programmen für die berufliche Aus- und Weiterbildung dem Gedanken von Gender-Mainstreaming mehr Beachtung geschenkt wird und Frauen und Mädchen noch gezielter und passgenauer angesprochen und gefördert werden.

Die Zuschüsse für das Landesprogramm "Neue Berufsfelder für Frauen in Technik und Handwerk" werden um 1,33 Millionen Euro erhöht. Damit betragen sie 2002 wie im laufenden Jahr 2,4 Millionen Euro. Das haben wir auf Antrag der Regierungsfractionen im Zuge der Haushaltsberatungen im Wirtschaftsausschuss so beschlossen.

(Beifall von Renate Drewke [SPD])

Meine Damen und Herren, über die Hälfte der jungen Frauen wird nur in zehn Berufen ausgebildet, und diese haben sich in den letzten Jahren kaum geändert. Darunter befindet sich weder ein technischer noch ein Fertigungsberuf. Noch eingeschränkter ist das Berufswahlspektrum junger Migrantinnen. Darum wurden mit diesem Haushaltsprogramm besonders innovative Projekte gefördert, die in Kooperation mit den Akteuren der Wirtschaft zu einer Öffnung männerdominierter Berufsfelder für Frauen in Technik und Handwerk beitragen konnten.

Eine bedeutende Initiative war der Runderlass, der den Schulen für berufskundliche Mädchenförderungsmaßnahmen je 2.000 DM zur Verfügung stellte. Ein anderes großes und wichtiges Projekt in diesem Programm ist das Beraterinnennetz für Frauen und Unternehmen, das zurzeit bei sechs Handwerkskammern und einer IHK in Nordrhein-Westfalen als Infrastruktur für berufstätige Frauen, Betriebe, Auszubildende, Lehrkräfte und frauenfördernde Einrichtungen zur Verfügung gestellt wird. Es ist gut, dass wir das weiterführen können.

(Beifall von Renate Drewke [SPD])

Für die Unterstützung des Strukturwandels stellen wir im Rahmen des Technologie- und Innovations-

(D)

(Helga Gießelmann [SPD])

- (A) programm des Landes Nordrhein-Westfalen rund 19,4 Millionen Euro zur Verfügung. Damit wird der Ansatz für das Jahr 2002 gegenüber 2001 um 2,4 Millionen Euro erhöht.

Mit diesen Haushaltsmitteln sollen einerseits der Aufbau von Technologieverbänden, andererseits die Weiterführung der Zukunftsinitiativen Möbelindustrie, Textil und Bau, die Programmschwerpunkte Produktionstechnologie und Gemeinschaftsaktion Multimedia im Maschinenbau sowie der Ausbau des Kompetenzzentrums Mikro- und Nanosystemtechnik vorangetrieben werden. All diese Maßnahmen sollen branchenübergreifend Vorbildfunktion übernehmen.

Gerade dieser branchenübergreifende Ansatz, durch den mehr Betriebe und mehr Beschäftigte von den technologischen Entwicklungen in unserem Land profitieren werden, und der hohe Stellenwert der Aus- und Weiterbildung ergeben insgesamt eine sinnvolle Synthese. Nach meiner Ansicht zeigt sich darin auch die Sinnhaftigkeit der Zusammenführung von Arbeitsmarkt- und Technologiepolitik. - Herr Brinkmeier, ich glaube, ich habe an dieser Stelle Folgendes deutlich gemacht: Es ist gut für unser Land und sinnvoll, dass das weiterhin in dieser Zusammenführung betrieben wird.

- (B) Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir die Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP mit den Drucksachennummern 13/1915, 13/1916, 13/1917 und 13/1918 ablehnen werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Frau Kollegin Gießelmann. - Für die FDP erteile ich jetzt Herrn Witzel das Wort.

**Ralf Witzel (FDP):** Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Gegensatz zu meiner Vordnerin bitte ich Sie, den Änderungsanträgen der Opposition zum Haushalt zuzustimmen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich denke, dass wir uns in diesem hohen Haus über den Obersatz einig sind, dass in unserer Wissensgesellschaft die Bedeutung des lebenslangen Lernens zukünftig weiter zunehmen wird. Wis-

- (C) sensinhalte in einigen Schlüsselbereichen wachsen exponentiell an und verändern sich immer schneller in einer stets größer werdenden Dynamik. Dies erfordert auch vonseiten der Politik begleitende Qualifizierungsanstrengungen.

Qualifizierte Beschäftigte, die jeweils aktuell über die relevanten Wissensinhalte und auch über ein fundiertes Knowledge-Management verfügen, sind wichtigste strategische Erfolgsfaktoren in der Arbeitswelt von Wirtschaft und Verwaltung.

Angesichts der stets zunehmenden Komplexität der Bildungsinhalte ist es zunehmend wichtig, auch in Qualifizierungsanstrengungen von öffentlicher Seite zu investieren. Für die Beschäftigten in diesem Land sind deshalb intelligente und moderne Weiterbildungskonzepte gefragt, um auch zukünftig den Prozess des kontinuierlichen Lernens im Erwerbsleben effektiv und effizient zu gestalten.

Es gibt in vielen Unternehmen im Personalmanagement bereits umfangreiche Konzepte, wie man auf eine sehr aktuelle Art und Weise die Weiterbildungsangebote modernisiert. Ich denke vor allem an Computer-based-Trainings und Web-based-Trainings. Das bringt viele Vorteile für Arbeitgeber, weil es so besser möglich ist, Qualifizierungsanstrengungen mit dem Arbeitsleben in Einklang zu bringen, aber selbstverständlich auch für die betroffenen Arbeitnehmer, die in ihren individuellen Weiterbildungsbedürfnissen unterstützt werden. Vor allem auch für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird in diesem Bereich des Te-  
lelernens sehr viel erreicht.

(D)

Insofern müssen wir bei den Mitteln, die wir vergeben, stärker darauf achten, dass es sich nicht nur um traditionelle Präsenzseminare handelt, sondern auch das, was eigentlich in der Wirtschaft üblich ist, im Bereich öffentlicher Angebote bereitstellen, und zwar in der Modernität einer nordrhein-westfälischen Weiterbildungslandschaft. Wenn wir es schaffen, dass die Qualität der Weiterbildungsangebote weiter zunimmt, werden wir auch die Bereitschaft von vielen Arbeitgebern wecken, in stärkerem Maße und über den gesetzlichen Anspruch des in der Tat modernen Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen hinaus zu Freistellungsregelungen für Weiterbildung in diesem Land zu kommen.

Das geht sicherlich auch nicht ohne zusätzliche finanzielle Anstrengungen. Das wird Sie nicht

(Ralf Witzel [FDP])

- (A) wundern und ist von Oppositionsseite immer wieder zu betonen. Wer Qualität und Modernität auch im Bereich von Qualifizierung und Weiterbildung will, muss hier neue Schwerpunkte setzen.

Wir als FDP-Landtagsfraktion haben deshalb einen zusätzlichen Innovationsfonds für die Weiterbildung für den Haushalt beantragt, damit wir gerade auch für die Konzeptentwicklung modernerer Angebote zukünftig mehr Handlungsfreiheit erreichen. Vieles von dem, was in den bisherigen Töpfen in diesem Bereich vorhanden ist, hat nicht ausgereicht, um eine Vielzahl kreativer neuer Angebote im letzten Jahr zu finanzieren, die auch bei einzelnen Trägern beantragt worden sind.

Weiterhin ist uns als FDP-Landtagsfraktion Folgendes wichtig: Wir brauchen ein ganzheitliches Weiterbildungs-Controlling-System. Das ist absolut entscheidend für die zukünftige Qualitätsverbesserung.

Seit heute gibt es einen kurzen Bericht des Herrn Ministers Schartau. Wir werden uns den anschauen. Sie haben in den Eckpfeilern skizziert, wie Ihr Berichtswesen aussehen soll, und das auch dem Parlament vorgelegt. Wir werden das in Ruhe

- (B) durchsehen. Es spricht einiges dafür, dass wir an einigen Stellen zu noch massiveren Anstrengungen auch des Controllings kommen können und vielleicht noch zusätzliche Instrumente für den weiteren Aufbau des Berichtswesens gut gebrauchen können, um dort auch zukünftig zu einer besseren Entwicklung und Steuerung der Weiterbildungsprozesse in Nordrhein-Westfalen zu kommen.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen mittlerweile eine große Vielfalt von Weiterbildungsangeboten. Das ist vom Grundsatz her sicherlich erfreulich. Das sorgt auch für Wettbewerb. Aber wir müssen uns gerade auch dann, wenn es um öffentliche Mittel geht, die in diesen Bereich fließen, Gedanken machen, wie wir qualitätssichernd tätig werden können.

Deshalb sagen wir: Wir brauchen ein ganzheitliches Weiterbildungs-Controlling, das die Maßnahmen selber, aber auch ihre mittel- und langfristigen Wirkungen untersucht. Es reicht sicherlich nicht aus, dass Teilnehmer zufrieden sind mit Maßnahmen. Es muss auch längerfristig überprüft werden, ob die gesetzten Ziele und Anforderungen an Maßnahmen in der Praxis - in der Trans-

ferphase von Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen - tatsächlich erreicht worden sind. Deshalb sehen wir im Weiterbildungs-Controlling einen wesentlichen Beitrag, um zukünftige Qualifizierungsprozesse zu steuern, zu regeln und zu lenken, die Potenziale besser zu nutzen und an einer weiteren Optimierung zu arbeiten.

Wir empfehlen deshalb dem Landtag, unseren entsprechenden Änderungsanträgen zuzustimmen. Ich denke, der beste Beleg und die beste Rechtfertigung auch für finanzielle Mittel im Weiterbildungsbereich besteht darin, dass Träger den Erfolg ihrer Maßnahmen nachweisen. Es gibt keine bessere Argumentationsgrundlage, als Land im Zukunftsfeld des lebenslangen Lernens stärker tätig zu werden, als wenn Träger - basierend auf einem ganzheitlichen Weiterbildungs-Controlling - dokumentieren, wie erfolgreich ihre Maßnahmen sind, wie wichtig sie sich für berufliche Zwecke erwiesen haben, wie arbeitsplatzschaffend sie waren und welchen Bildungscharakter sie hatten. Insofern tun Sie auch den Betroffenen den größten Gefallen, ein solches System möglichst umfangreich und an Qualitätsstandards orientiert einzurichten. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linsen:** Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Steffens.

**Barbara Steffens (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin schon erstaunt darüber, dass - gerade nach dem, was wir heute Morgen von der CDU zur Arbeitsmarktpolitik gehört haben - hier die Frage aufgeworfen wird, wieso die Technologiepolitik zu einem Teil im Einzelplan 15 etatisiert ist. Wir wollen keine Technologiepolitik jenseits des Arbeitsmarkts, sondern eine Technologiepolitik, die eng mit dem Arbeitsmarkt verknüpft ist. Genau deswegen brauchen wir bestimmte Bereiche der Technologiepolitik genau in der Zuständigkeit dieses Ressorts. Es muss eine Technologiepolitik sein, die Arbeitsplätze schafft, und deshalb muss sie genau aus diesem Bereich heraus gefördert werden.

Ich glaube, die Vernetzung findet innerhalb der Landesregierung besser statt als in Ihrer Fraktion. Ich habe zur Kenntnis nehmen müssen, dass die

(C)

(D)

(Barbara Steffens [GRÜNE])

- (A) Bereiche Weiterbildung und Qualifizierung nach den Debatten über den Arbeitsmarkt heute Morgen jetzt hier überhaupt nicht angesprochen worden sind. Ich glaube deshalb, dass die Vernetzung bei Ihnen in einem ganz anderen Maße nachgeholt werden müsste.

Wir finden, dass die Technologiepolitik in diesem Bereich sehr wichtig ist. Wir haben - Frau Gießelmann ist auch schon darauf eingegangen - den Ansatz gerade eines Titels wieder aufgestockt. Dabei geht es um neue Berufsfelder für Frauen in Handwerk und Technik. Das ist ein sehr gutes Beispiel dafür, warum solche Aspekte in diesem Ministerium ressortieren müssen. Wir wollen nicht nur, dass es eine unternehmensorientierte Technologieförderung gibt, sondern wir wollen auch eine Förderung, die dazu dient, Menschen in die Berufe zu bringen. Wir wollen es gerade Frauen, die von diesen Berufsbereichen nach wie vor weitgehend ausgegrenzt sind oder denen der Zugang erschwert wird, ermöglichen, eine Stärkung zu erlangen.

Zum Bereich Weiterbildung und Qualifizierung: Wenn Sie darüber reden, wie schwierig die Arbeitsmarktsituation ist, wenn Sie aufzeigen, dass wir nach wie vor einen Fachkräftemangel haben und dass nach wie vor Menschen qualifizierbar sind, finde ich es erstaunlich, dass Sie den Bereich der Qualifizierung und Weiterbildung gänzlich ausblenden. Das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen.

- (B) Der Bereich Weiterbildung - allgemeine Weiterbildung und politische Bildung - ist glücklicherweise, was wir sehr begrüßen, in diesem Jahr, anders als im letzten Jahr, überrollt worden. Wir haben zu diesem Haushalt deutlich gemacht, dass wir gerade nach der Novellierung des Gesetzes vor zwei Jahren als verlässliche Partner dastehen, dass wir die Zusagen umgesetzt haben und dass die Aufträge an die Institutionen erfüllt werden können.

Die Diskussion über Weiterbildung wird allerdings auch hier im Landtag noch einen anderen Stellenwert bekommen müssen. Ich finde es wichtig, dass man sich darüber Gedanken macht, wie die gesellschaftliche Weiterentwicklung, wie sich die Bedürfnisse von Weiterbildung und Qualifizierung in den letzten Jahren entwickelt haben, wie diese mit dem, was an Weiterbildung in der Landschaft vorhanden ist, auch ein Stück gemeinsam weiterentwickelt werden können.

Wenn wir uns vergegenwärtigen, dass jeder Computer regelmäßig ein Update bekommt, die Menschen Updates aber nicht in dem Maße bekommen, muss man stärker über eine neue Form der Weiterbildung nachdenken, über andere Modelle, über kontinuierliche Weiterbildung, über lebenslanges Lernen, aber auch über eine engere Zusammenarbeit und Kompatibilität von Berufsausbildung und Weiterbildung.

(C) (Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben gerade in den letzten Tagen vor dem Hintergrund der PISA-Studie vor Augen geführt bekommen, dass es im Bildungsbereich Defizite gibt und dass diese Defizite wahrscheinlich auch bei den Jugendlichen und jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vorhanden sind. Auch da muss man also überlegen, wie man vor dem Hintergrund der PISA-Studie mit Weiterbildungs- und Qualifizierungsangeboten Defizite, die vorhanden sind und die in Zukunft nicht vorhanden sein sollen, auffängt und Weiterbildung fortentwickelt.

Die Diskussionen auf der letzten Weiterbildungskonferenz hier im Landtag haben gezeigt, dass im nächsten Jahr eventuell Entscheidungen zur weiteren Ausgestaltung des Gesetzes notwendig sind, dass, obwohl die Regionalisierung und die Dezentralisierung sehr wünschenswert und positiv sind, landeseinheitliche Maßstäbe gesichert werden müssen. Wir hoffen, dass es in diesem Bereich zu einem konstruktiven Dialog mit den Verbänden, mit dem Ministerium - das sowieso -, aber auch mit den übrigen Fraktionen im Landtag kommen wird.

(D) Ich denke, dass wir, wenn man versucht, im Weiterbildungsbereich neue Elemente zu schaffen und die Bildungspotenziale in diesem Land auszuschöpfen und auszubauen, dann auch in der Arbeitsmarktpolitik einen erheblichen Schritt weiterkommen. Denn Menschen unqualifiziert - was ich heute Morgen schon einmal gesagt habe - einfach in Niedriglohnbereiche abzudrücken, wird den Menschen nicht gerecht und ist nicht sozialverträglich. Das ist keine Arbeitsmarktpolitik, wie wir sie wollen. Deswegen finde ich die Vernetzung zwischen der Arbeitsmarktpolitik und der Bildungspolitik dringender notwendig denn je. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(A) **Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die Landesregierung erteile ich jetzt Herrn Minister Schartau das Wort.

**Harald Schartau, Minister für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Technologiepolitik ist ein wesentliches Instrument, um den Modernisierungsprozess der Wirtschaft aktiv zu unterstützen. Dabei werden wir unser Augenmerk auf die Sicherung und den Ausbau vorhandener Industriearbeitsplätze ebenso wie auf die Entwicklung eines modernen Dienstleistungssektors richten. Wir setzen auf Vernetzung, auf Multiplikatoreffekte und auf neue Technologieverbünde. So wollen wir die Entwicklung, Einführung und Verbreitung neuer Technologien speziell in kleinen und mittleren Unternehmen und hier vor allem in den so genannten klassischen Branchen fördern.

Hierbei zeigt sich immer mehr, dass der Zusammenhang zwischen Arbeit, Qualifikation und Technologieentwicklung und -beherrschung so deutlich ist, dass die Zusammenlegung dieser Kompetenzen auch unter dem Dach meines Hauses nachträglich noch einmal bestätigt wird. Wir erzielen nachhaltige Wirkungen für eine Modernisierung des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen. Gleichzeitig bieten sich dabei zusätzliche Möglichkeiten der Vernetzung mit weiteren Politikbereichen an.

Neben dem Aufbau von Technologieverbänden setzen wir in unserer Technologiepolitik auf die Programmschwerpunkte Produktionstechnologien, Materialtechnologien, optische Technologien sowie den Ausbau des Kompetenzzentrums Mikro- und Nanosystemtechnik. Diese Maßnahmen sollen branchenübergreifend Vorbildfunktion übernehmen. Weiterführen werden wir in diesem Zusammenhang die Zukunftsinitiative Möbelindustrie/Textil und die Gemeinschaftsaktion Multimedia im Maschinenbau. Bei all diesen Projekten stellt sich immer wieder heraus, dass die willkürliche Trennung von Qualifikationsinfrastruktur, von technologischer Infrastruktur und von Entwicklung moderner Arbeit eigentlich eher fahrlässig als zielgerichtet ist.

Die Verbindung von moderner industrieller Produktion, technologischer Qualifikation ---

(Die Lautsprecheranlage fällt aus. - Zurufe)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Einen Moment! - Jetzt müsste es wieder gehen, Herr Minister.

**Harald Schartau, Minister für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie:** Es wird jeder gemerkt haben, dass das ein geplanter Gag zwischen Herrn Präsident Linssen und mir war, damit sich die Aufmerksamkeit wieder erhöht.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Thema Aus- und Weiterbildung! Mit den im Haushalt 2002 veranschlagten Mitteln und Verpflichtungsermächtigungen sollen problem- und zielorientierte Lösungen auf dem Ausbildungsmarkt sowie im Bereich der beruflichen Weiterbildung erreicht werden. Wir haben bei unseren Fördermaßnahmen im Rahmen des Ausbildungskonsenses unverändert größte Priorität gesetzt. Mit den vorhandenen Mitteln wird es auch 2002 möglich sein, jedem ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen ein Angebot zur Aufnahme einer qualifizierten Berufsausbildung zu unterbreiten.

Dabei ist vollkommen klar: Der betrieblichen Ausbildung gehört absolut die Priorität. Wir fördern daher Beratungs-, Informations- und Akquisitionsmaßnahmen, damit einerseits das betriebliche Ausbildungsplatzangebot erhöht und andererseits die Berufswahlentscheidung der Jugendlichen verbessert wird. Außerdem helfen wir kleinen und mittleren Unternehmen, die nicht eigenständig ausbilden können. Im Rahmen der Förderung der Verbundausbildung gewähren wir eine finanzielle Unterstützung, um die zusätzlich anfallenden Kosten bei dieser Organisation der Ausbildung teilweise zu decken.

Trotz dieser Anstrengungen wird es auch weiterhin notwendig sein, Berufsvorbereitungsmaßnahmen und ein qualitativ hoch stehendes Angebot an außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen zur Verfügung zu stellen.

Solche Plätze werden im Rahmen des Stützpunktprogramms angeboten, damit auch schwächere Jugendliche eine qualifizierte Berufsausbildung erhalten. Um nicht berufsreife Jugendliche auf den Übergang von der Schule in das Erwerbsleben vorzubereiten, werden Berufsförderlehrgänge gefördert. Als neuer Ansatz - erstmals in diesem Jahr angewandt - wird das Projekt "Betrieb und

(C)

(D)

(Minister Harald Schartau)

- (A) Schule" im Jahre 2002 gefördert. Gegenüber den Berufsförderlehrgängen werden wir hier schulische und betriebliche Inhalte im Wechsel vermitteln, um Jugendliche, die teilweise ihre Flinte schon ins Korn geworfen haben, doch in eine bessere Zukunft zu führen.

Um die Ausbildungsqualität der Unternehmen des Handwerkes sowie der Industrie und des Handels zu sichern, bedarf es überbetrieblicher Ausbildungslehrgänge. Damit die Ausstattung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten auf einem hohen technischen Niveau gewährleistet wird, werden entsprechend investive Maßnahmen gefördert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dass die berufliche Weiterbildung eine immer größere Priorität gerade für ein Bundesland wie Nordrhein-Westfalen bekommt, ist jedem klar. Für diese Aufgabe müssen wir insbesondere im Bereich der betrieblichen Weiterbildung vollkommen neue Akzente setzen. Wir haben uns unter der Überschrift, dass es im Anschluss an das bewährte System der beruflichen Erstausbildung zu einer systematischen Weiterbildung in unserem Lande kommen muss - und das vor dem Hintergrund unserer Arbeitslandschaft, - enorme Ziele gesetzt, die wir in den nächsten Jahren systematisch abarbeiten werden, um in Nordrhein-Westfalen Akzente setzen zu können.

(B)

Im Bereich der allgemeinen und politischen Weiterbildung ist in einer sich immer mehr differenzierenden Welt auch in Zukunft zu investieren. Das heißt, allgemeine und politische Weiterbildung werden nicht zu Stiefkindern der Nation, sondern ganz im Gegenteil: Uns kommt es darauf an, dass wir in unserem Land ein Weiterbildungsangebot vorhalten, das uns in die Lage versetzt, ethische und moralische Werte zu setzen, Veränderungen in der Ökonomie zu reflektieren und immer komplizierter werdende globale politische Entwicklungen in unserem Land sicher einschätzen zu können. Dazu ist im Rahmen unseres Weiterbildungssystems eine gute Infrastruktur gesetzt.

Dass wir mit der Entwicklung, die aufgrund des neuen Weiterbildungsgesetzes im Land unter den Experten im Augenblick zu konstruktiven Diskussionen geführt hat, zu neuen Akzenten kommen werden, ist für mich außerhalb jeder Frage. Deshalb glaube ich, dass wir mit dem Landeshaushalt

die richtigen Akzente gesetzt haben. - Vielen Dank. (C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Herr Minister Schartau. - Für die CDU erteile ich Herrn Kollegen Hardt das Wort.

**Heinz Hardt (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich gemeldet, damit Klarheit für die Abstimmungen herrscht. Dies wollte ich nur aus der Sicht der CDU sagen, weil die haushaltsrelevanten Anträge der FDP ---

(Zuruf von der SPD)

- Das reicht schon.

(Heiterkeit)

Die Mehrheiten für die Anträge, die Sie zu verantworten haben, müssen Sie doch stellen.

Ich habe mich gemeldet, damit nachher Klarheit für die haushaltsrelevanten Anträge der FDP herrscht. Diese können wir aus der Sicht der CDU nicht unterstützen. Der Grund sind vor allem die Haushaltsansätze in den Anträgen mit den Drucksachennummern 13/2029, 13/2032 und 13/2040, den ich gerade in die Hände bekommen habe. (D)

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Haben Sie etwas anderes erwartet?)

Die Deckungsvorschläge sind reine Luftnummern. Die rückwirkende Verzinsung in diesem Bereich z. B. auf das Vermögen der WFA, welches 1994 der WestLB zugeschlagen worden ist, wird zurzeit mit 0,5 % verzinst. Man kann also nicht einfach hergehen und aus 8 Millionen 1,2 Milliarden DM machen und das entsprechend zinswirtschaftlich hochrechnen. Diese Aktionen im Rahmen von EU-Regelungen werden frühestens in ein bis zwei Jahren wirksam, also stehen sie nicht zur Verfügung.

Hinzu kommt der Antrag Drucksache 13/2029, jetzt auch in Verbindung mit Drucksache 13/2040. Die Zuschüsse für den Absatz

(Heinz Hardt [CDU])

- (A) deutscher Steinkohle zur Verstromung an die Stahlindustrie zum Ausgleich von Belastungen infolge von Kapazitätsanpassungen kann man nicht einfach auf Null stellen und die Milliarde streichen. Wir sind nicht in der Lage, die Steinkohlenhilfe als solche, die für das Land vorhanden ist und zu der wir stehen, im Jahre 2002 zu streichen.

(Beifall bei der SPD)

Da wir das Wort gegeben haben, wollen wir dabei bleiben. Von daher sind wir der Meinung, dass die Deckungsvorschläge nicht seriös sind. Vor dem Hintergrund werden wir uns enthalten bzw. die Anträge teilweise ablehnen.

(Edgar Moron [SPD]: Besser mit Nein stimmen!)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Herr Kollege Hardt. - Meine Damen und Herren! Wir sind damit am Ende der Beratungen zum Einzelplan 15.

Wir kommen zur **Abstimmung** zum **Einzelplan 15**, und zwar über die **Änderungsanträge** entsprechend der Übersicht, die Ihnen verteilt wurde. Das sind die Nummern 18 bis 30.

- (B) Ich rufe den **Antrag** Nr. 18 auf. Hier handelt es sich um einen Antrag der FDP, **Drucksache 13/2058**, mit dem Stichwort: Stiftung Wohlfahrtspflege. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von FDP und CDU **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 19 auf. Hier handelt es sich um einen CDU-Antrag, **Drucksache 13/1908**, wieder mit dem Stichwort: Stiftung Wohlfahrtspflege. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 20 auf. Hier handelt es sich um einen CDU-Antrag, **Drucksache 13/1909**, mit dem Stichwort: Förderung von Pflegeeinrichtungen. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit

- (C) den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 21 der CDU, **Drucksache 13/1910**, auf mit dem Stichwort: Zuschüsse an kulturelle Einrichtungen. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 22 der Fraktion der CDU, **Drucksache 13/1911**, auf. Das Stichwort heißt hier: Kürzungen der Zuschüsse an freie Träger. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der FDP gegen die Stimmen der CDU **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 23 der Fraktion der CDU, **Drucksache 13/1912**, auf. Das Stichwort heißt hier: Zuschüsse für die Antidiskriminierungsarbeit. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der FDP gegen die Stimmen der CDU **abgelehnt**.

(D) Ich rufe den **Antrag** Nr. 24 der Fraktion der CDU, **Drucksache 13/1913**, auf. Das Stichwort heißt hier: Neuzuwanderer in den Kommunen. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, einzelnen Stimmen der FDP gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung einzelner FDP-Mitglieder **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 25 der Fraktion der CDU, **Drucksache 13/1914**, auf. Das Stichwort heißt: Regionale Arbeitsstellen und Hauptstelle. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der FDP gegen die Stimmen der CDU **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 26 der Fraktion der CDU, **Drucksache 13/1915**, auf. Das Stichwort heißt: Zuschüsse zu den Landesorganisationen der Weiterbildung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag

(Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

- (A) mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 27 auf. Hierbei handelt es sich um einen Antrag der FDP-Fraktion, **Drucksache 13/1916**. Das Stichwort heißt: Errichtung eines Innovationsfonds. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der CDU-Fraktion gegen die Stimmen der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 28 auf. Hierbei handelt es sich um einen CDU-Antrag, **Drucksache 13/1917**. Stichwort: Zuschüsse an Sonstige. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 29 der FDP-Fraktion, **Drucksache 13/1918**, auf. Das Stichwort heißt: Modernisierung der Weiterbildung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP und einzelner Abgeordneter der CDU-Fraktion bei Enthaltung anderer Mitglieder der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

(B)

Ich rufe den **Antrag** Nr. 30 der Fraktion der CDU, **Drucksache 13/1919**, auf. Das Stichwort heißt: Landeszentrum für Zuwanderung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, damit haben wir die Einzelabstimmungen zum Einzelplan 15 abgeschlossen.

Wir stimmen jetzt über den Einzelplan 15 insgesamt ab, und zwar entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 13/1815**. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Einzelplan 15 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen**.

Meine Damen und Herren, entsprechend der Vereinbarung, die wir vor der Mittagspause getroffen haben, rufe ich jetzt die **Abstimmung zum Einzelplan 08** auf.

(C)

Es geht zunächst um die **Änderungsanträge**, die in der entsprechenden Übersicht mit den laufenden Nummern 1 bis 17 - zum Teil mit Unterpunkten a) und b) - aufgeführt werden. Wir beginnen mit der Einzelabstimmung.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 1 a) auf. Dabei handelt es sich um einen Antrag der FDP, **Drucksache 13/2061**. Es geht um die Meistergründungsprämie in der Titelgruppe 38 "Wirtschaftsförderung". Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 1 der Fraktion der CDU, **Drucksache 13/1892**, auf. Es geht wieder um Kapitel 08 030, Wirtschaftsförderung, insbesondere das Beratungsprogramm. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP **abgelehnt**.

(D)

Ich rufe den **Antrag** 1 b) der Fraktion der FDP, **Drucksache 13/2062**, auf. Das Stichwort heißt hier: Aufbau einer E-Commerce-Beratung für kleine und mittelständische Unternehmen. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 2 der Fraktion der CDU, **Drucksache 13/1893**, auf. Hier geht es wieder um die Wirtschaftsförderung, insbesondere die Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 2 a) der Fraktion der FDP, **Drucksache 13/2063**, auf. Es geht wiederum um